

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Falk Bomsdorf  
Ist die Sowjetunion  
an Rüstungskontrolle interessiert?

Barbara A. Fliess  
Strategische Rüstungskontrolle  
und Verteidigungspolitik  
unter Reagan

Franz H. U. Borkenhagen  
Strategische Stabilität als Folge  
von Entspannungs- und kooperativer  
Sicherheitspolitik

Walter Schütze  
SDI oder EUREKA?  
Die Position Frankreichs

ISSN 0479-611 X

B 44/85  
2. November 1985

Falk Bomsdorf, Dr. jur., geb. 1942 in Dresden; Studium der Rechtswissenschaften, Slavistik und osteuropäischen Geschichte in Marburg, München, Bonn und Kiel; Studienjahr an den Universitäten Leningrad und Moskau; danach im Auswärtigen Dienst; gegenwärtig wissenschaftlicher Referent an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen bei München.

Veröffentlichungen: Prozeßmaximen und Rechtswirklichkeit, Berlin 1971; Aufsätze zu sicherheits- und außenpolitischen Fragen (u. a. Zur Senatsdebatte über SALT II in den USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/79).

Barbara A. Fliess, geb. 1956; Studium der Internationalen Beziehungen an der School of Advanced International Studies, The Johns Hopkins University, Washington (Master of Arts, 1983); Doktorandin am Institut Universitaire de Hautes Études Internationales in Genf; seit 1984 Amerika-Referentin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: Einige Aspekte und Aktionsfelder der Außenpolitik der Reagan-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/84; Sicherheitspolitik zwischen Reagan und Kongreß, in: Außenpolitik, 36 (1985) 4.

Franz H. U. Borkenhagen, geb. 1945; Major, Mitglied der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik — SAS.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) „Wehrkraftzersetzung“. Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung, Reinbek 1984; Grundzüge einer effizienten Logistik in einem militärischen Defensivkonzept, in: C. F. von Weizsäcker (Hrsg.), Die Praxis der defensiven Verteidigung, Hameln 1984; Der Rogers-Plan: Ein militärisch operatives Konzept für Europa?, in: Erwin Müller (Hrsg.), Dilemma Sicherheit, Baden-Baden 1984.

Walter Schütze, Dr. phil., Cert. sc. pol., geb. 1926; Studium der Geschichte, der Anglistik und der politischen Wissenschaften in Göttingen, Bonn, Köln und Paris; seit 1960 Geschäftsführer des Studienkomitees der deutsch-französischen Beziehungen im Centre d'Études de Politique Étrangère, Paris; seit 1979 am Institut Français des Relations Internationales (IFRI); von 1960 bis 1966 politischer Redakteur der deutschsprachigen Sendungen des französischen Rundfunks; Mitglied des „International Institute for Strategic Studies“ (I.I.S.S.).

Veröffentlichungen u. a.: European Defence Cooperation and NATO. Atlantic Papers, Atlantic Institute, Paris 1969; Frankreichs Verteidigungspolitik 1958—1983. Eine Dokumentation, Frankfurt 1983; Vorschläge für die Ausgestaltung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in den 1980er Jahren, in: H. G. Brauch (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen und Europäische Abrüstungskonferenz. Bd. 5, Reihe Militärpolitik und Rüstungsbegrenzung, Berlin 1985.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,  
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Ist die Sowjetunion an Rüstungskontrolle interessiert?

## I. Die Bedeutung des Vorverständnisses sowjetischer Politik für die sicherheitspolitische Diskussion

Die politische wie die wissenschaftliche Diskussion des Ost-West-Verhältnisses, und dabei insbesondere sicherheitspolitischer Fragen, leidet vor allem an *einem* Mangel: Die eigentlichen Fragen werden meist gar nicht angesprochen. So wird etwa zwischen beiden Seiten des politischen wie wissenschaftlichen Spektrums eine Debatte darüber geführt, ob die SS-20 wirklich für einen „chirurgischen Entwaffnungsschlag“ gegen Westeuropa geeignet (und die Pershing II eine sinnvolle Antwort auf diese Art sowjetischer Rüstung) sei, ob die Sowjetunion bzw. der Warschauer Pakt wirklich zum Überraschungsangriff gegen die NATO imstande seien, ohne vorher ihre zweite strategische Staffel nach vorn zu bringen, ob die militärische Strategie der Sowjetunion — weil auf Offensive ausgerichtet — für die „politische Erpressung“ des Westens gedacht sei oder nicht, und ähnliches mehr.

Diskussionen um diese und andere Fragen sind in aller Regel unfruchtbar, und zwar deshalb, weil es sich in Wirklichkeit um Scheindiskussionen handelt. Diskutiert wird über Einzelfragen, die aus sich heraus kaum zu beantworten sind. Die wirkliche Frage dagegen wird nicht berührt, nämlich: Was ist und was will die Sowjetunion? Anders formuliert: Welches Verständnis der Sowjetunion legt man der eigenen Argumentation zugrunde?

Wer die UdSSR als saturierten, allein auf Bewahrung des Erreichten, also als allein defensiv ausgerichteten Staat betrachtet, der aber vom Westen bedrängt und eingekreist wird, kommt etwa bei der Einschätzung der SS-20 naturgemäß zu anderen Ergebnissen als derjenige, der die Sowjetunion als aggressiven, ideologisch-machtpolitisch bestimmten Staat ansieht, der ständig den Status quo durch politisch-militärischen Druck und nötigenfalls auch durch Intervention zu ändern sucht. Entsprechendes gilt für die anderen, hier als Beispiel genannten Einzelfragen: Auch hier wird zunächst über die Natur des Sowjetstaates zu diskutieren sein, ehe man die Detailprobleme anschneidet.

Diese notwendige Vorklärung erfolgt indessen in aller Regel nicht. Das ist kein Wunder; denn es handelt sich bei dem hier angesprochenen Phänomen um die Erscheinung des Vorverständnisses, d. h. um all jene Wertun-

gen, Annahmen, Bedingungen etc., die den jeweiligen Argumenten *unausgesprochen* zugrunde gelegt werden. Besonderes Charakteristikum ist es eben, daß über das jeweilige Vorverständnis per definitionem nicht diskutiert wird. Das Vorverständnis bildet — um ein Bild zu gebrauchen — die unter der Wasserlinie befindliche Masse eines Eisberges; sie wird, weil unsichtbar, ausgespart. Diskutiert wird nur über die viel berufene sichtbare Spitze des Eisberges. Dies ist dann die Ursache für das oben erwähnte Phänomen der Scheindiskussion: Debattiert wird über die jeweilige spezielle Frage, hinter der das grundsätzliche zu debattierende Thema zurücktritt, weil es vom jeweiligen Vorverständnis abgedeckt wird und damit, um im Bild zu bleiben, unsichtbar ist. Es leuchtet unmittelbar ein, daß beide Seiten in den speziellen Fragen keine Einigung erzielen können, wenn sie nicht zunächst eine Debatte über ihr jeweiliges Vorverständnis beginnen. Auch dann dürfte zwar eine solche Einigung nicht leicht möglich sein; aber die Debatte hört in jedem Fall auf, eine Scheindebatte zu sein, und konzentriert sich auf die eigentlichen Fragen.

Die Notwendigkeit, zunächst das eigene Vorverständnis offenzulegen und zu begründen, ist vielleicht nirgends dringender als bei der Frage, welche Einstellung die Sowjetunion zur Rüstungskontrolle besitzt. In dieser Hinsicht herrscht, wie es scheint, weithin Klarheit, eine Klarheit, hinter der sich jedoch — weil sie in keiner Weise hinterfragt und überprüft wird — eine profunde Ungewißheit verbirgt. Anders ausgedrückt: Das überwiegende westliche Vorverständnis von den Absichten, welche die Sowjetunion mit Rüstungskontrollverhandlungen verfolgt, geht dahin, der UdSSR in einem Akt der Übertragung die nämlichen Intentionen zuzuschreiben, die, wie man glaubt, auch der Westen mit Rüstungskontrolle verfolgt: Stärkung der beiderseitigen Sicherheit. Aus der unbestreitbar gegebenen Verhandlungspartnerschaft zwischen West und Ost wird auf eine existente (und nicht nur wünschbare) Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion geschlossen, wird angenommen, daß die UdSSR militärische Macht letztlich ebenso betrachtet wie der Westen, nämlich als rein militärisches In-



strument zur Verteidigung des Landes für den Fall, daß man von der Gegenseite angegriffen wird. Infolge dieses Vorverständnisses, das von westlichen Politikern vielfach (wenn auch oftmals unbeabsichtigt) gefördert und nicht selten geteilt wird, werden Rüstungskontrollverhandlungen dann gleichsam zu einer lediglich technischen Materie, wird der Erfolgsdruck, der auf westlichen Regierungen im Hinblick auf diese Verhandlungen lastet, immer größer, verlagert sich schließlich die Beweislast für die Bereitschaft zu gemeinsamer Sicherheit auf die westliche Seite.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß dieses Vorverständnis hinsichtlich der sowjetischen Haltung zur Rüstungskontrolle Auswirkungen hat, die in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen sind. Die Auseinandersetzungen zwischen West und Ost im allgemeinen und das System der Abschreckung im besonderen verlaufen gleichsam in psycholo-

gischen Bahnen; sie folgen psychologischen Wirkungsmechanismen und werden nicht vom objektiven Stand der Dinge bestimmt, sondern von dem, was die Menschen im Westen — um die allein es zunächst in dieser Auseinandersetzung geht — dafür halten. Es geht also um Perzeptionen, wie es in der Sprache der Politologen heißt, und damit auch um das Vorverständnis, das für die jeweiligen Perzeptionen prägend ist.

Jede Analyse der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik muß vor diesem Hintergrund mit einer Vor-Frage beginnen, eben mit einer Erläuterung des Vor-Verständnisses, das man im Westen vom Sowjetstaat und insbesondere vom Stellenwert hat, den die militärische Macht in diesem Staat einnimmt. Erst dann können die Grundzüge des sowjetischen Rüstungskontrollkonzeptes erfaßt werden. Jeder Versuch, diese Grundzüge isoliert und allein aus sich heraus zu begreifen, muß scheitern.

## II. Die Supermacht Sowjetunion: Militärische Macht als wesentlicher Faktor

Die Sowjetunion ist neben den USA die einzige Supermacht. Sie ist in der Tat Weltmacht: Mit ihr ist direkt oder indirekt in entscheidenden Bereichen der Weltpolitik zu rechnen, und sie hat, geopolitisch gesehen, in allen Sektoren eine sehr wesentliche Position. Gleichwohl ist die Sowjetunion keine wirkliche Hegemonialmacht. Dies hat jüngst Dieter Senghaas überzeugend nachgewiesen<sup>1)</sup>. Senghaas, dem hier gefolgt wird<sup>2)</sup>, argumentiert im wesentlichen so: Hegemonialmächte erlangen globalen oder regionalen Einfluß dadurch, daß ihre Volkswirtschaften die Weltwirtschaft ganz oder teilweise durchdringen. Das Ergebnis ist die Erringung einer überragenden Einflußposition. Dabei spielt die Entfaltung militärischer Macht keine wesentliche Rolle; allenfalls dient sie als Flankenschutz. Die Sowjetunion nun verdankt ihre Weltmachtstellung laut Senghaas nicht einer solchen Entwicklung. Ihre Befehlswirtschaft hat zwar zeitweilig spezifische Stärken; insbe-

sondere lassen sich in ihr politisch bestimmte, dringend erstrebte Ziele verwirklichen. Dies gilt jedoch nur so lange, als die verfügbaren Ressourcen, nämlich Land, Arbeitskräfte und Kapital, extensiv mobilisierbar sind. Ist das — wie gegenwärtig und auf absehbare Zeit in der Sowjetunion der Fall — nicht mehr möglich, dann kann Fortschritt nur durch intensives Wachstum erzielt werden. Hier nun wird es für die Sowjetunion kritisch: Die Strukturen der sowjetischen Gesellschaft stehen einem solchen Wachstum entgegen. Die sowjetische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch ein erhebliches Ausmaß systembedingter ökonomischer Ineffizienz, durch einen Mangel an technologischer und organisatorischer Innovation sowie durch eine Verfestigung dieser sich gegenseitig verstärkenden Mängel.

Senghaas' Analyse wird durch die Entwicklung bestätigt, welche die Außenbeziehungen der Sowjetunion in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg genommen haben. Nur wenige Länder, die wirklich die Wahl hatten, haben sich tatsächlich und dauerhaft der Sowjetunion zugewandt, und auch dann meist nicht, weil die UdSSR so attraktiv war, sondern weil westliche Staaten sie durch ihre fehlerhafte Politik geradezu in die Arme der Sowjetunion getrieben haben.

Wenn es aber die Wirtschaft nicht ist, welche die Sowjetunion eine Supermacht sein läßt,

<sup>1)</sup> Überlegungen zur Ost-Dimension in der gegenwärtigen Friedensproblematik, in: Reiner Steinweg (Hrsg.), Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt 1985, S. 307 ff.

<sup>2)</sup> Und zwar deshalb, weil diese These, die als solche ja nicht neu ist, bisher nirgends so überzeugend dargestellt worden ist wie in der Arbeit von Senghaas; überdies — dies sei als Motiv durchaus zugegeben — erschwert es die Anführung Senghaas' möglicherweise, den Autor dieser Zeilen mit dem — durchaus unerwünschten — Etikett des Entspannungsgegnere und Kalten Kriegers zu versehen.



was ist es dann? Die Ideologie — darüber ist man sich im Westen inzwischen weithin einig — kann es nicht sein: Sie hat nahezu überall ihre einstmalige starke Ausstrahlung verloren. Die Antwort Senghaas', auch von vielen westlichen und gerade amerikanischen Analytikern gegeben, lautet: Es ist allein ihre militärische Macht, welche der Sowjetunion Supermachtstatus verleiht. Und in der Tat: Es ist ihre militärische Macht, welche der Sowjetunion ihre globale Reichweite verschafft; es ist ihre militärische Macht, welche der Sowjetunion ihren osteuropäischen Machtbereich gegeben hat und erhält; es ist ihre militärische Macht, welche der Sowjetunion gegenüber dem Westen und der Dritten Welt erheblichen politischen Einfluß sichert.

Diese Auffassung, so weit verbreitet sie auch sein mag, stellt indessen eine *westliche* Perzeption des Sowjetstaates dar. Aus dem von dieser Denkrichtung der militärischen Macht der Sowjetunion zugeschriebenen Stellenwert können Schlußfolgerungen, gerade auch hinsichtlich der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik, nur dann gezogen werden, wenn auch die Sowjets selber — und sei es auch nur im Ergebnis — diese Ansicht teilen, d. h. ihrer militärischen Macht tatsächlich einen entsprechenden Stellenwert zumessen. Die Sowjets nun teilen die westliche Einschätzung — selbstverständlich — nicht: Für sie ist nicht militärische Macht der Gradmesser für die Bedeutung ihrer weltpolitischen Stellung, sondern die „Korrelation der Kräfte“ (sootnošenije sil). In diese Gleichung gehen viele Faktoren ein: soziale, wirtschaftliche, kulturelle, psychologische, militärische. Das militärische Moment ist also gleichsam eines unter vielen: Die Sowjets haben immer wieder betont, militärische Macht könne für die weltpolitische Entwicklung nicht entscheidend sein; sie haben gerade den USA (nicht ohne eine gewisse Berechtigung) vorgeworfen, ihre militärische Macht ständig zur Erreichung außenpolitischer Ziele einzusetzen.

Wenn man indessen nicht nur ideologisch gefärbte Aussagen, sondern die Gesamtheit sowjetischer Quellen heranzieht (und sowjetisches Handeln in eine Bewertung einbezieht), so ergibt sich, daß militärische Macht im sowjetischen Konzept der „Korrelation der Kräfte“ eine wesentliche, wenn nicht gar die entscheidende Rolle spielt. Nach sowjetischem Verständnis ist es die Zunahme der militärischen Macht der Sowjetunion, ist es insbesondere das Erreichen nuklearstrategischer Parität gewesen, das den Westen und vor allem die USA zur Anerkennung der UdSSR als gleichberechtigte Macht veranlaßt und, so die

östliche Sicht, die USA gezwungen hat, auf den direkten oder indirekten Einsatz militärischer Macht zu verzichten und sich auf die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz einzulassen — eine Politik, die nach sowjetischem Verständnis bekanntlich unumkehrbar sein soll.

Vor diesem Hintergrund gilt militärische Macht der Sowjetunion nach ihrem eigenen Verständnis offenbar als ein Instrument mit zweifachem Charakter: Die UdSSR will zum einen für den Fall eines Krieges — aus welchen Gründen auch immer er ausbrechen mag — gewappnet sein. Sie will fähig sein, diesen Krieg — gegen wen auch immer, wo auch immer — unter allen Umständen führen und gewinnen zu können, und zwar so, daß ihr Territorium möglichst unberührt bleibt. Diese Kriegsführungsfähigkeit, die zugleich Abschreckungsfähigkeit ist, erfordert den Aufbau und Unterhalt von Streitkräften, die ausreichend sind, um jeden nur denkbaren Fall abzudecken, also auch einen Zwei- oder Mehrfrontenkrieg etwa gegen Westeuropa, die USA und China.

Zum anderen glaubt sich die Sowjetunion in eine globale machtpolitische Auseinandersetzung mit dem „System des Kapitalismus“ und vor allem mit seiner Vormacht, den USA, verwickelt. Der Kapitalismus wird sich, so die sowjetische Annahme, dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstemmen. Er wird den Übergang von Staaten der Dritten Welt in das sozialistische Lager verhindern und — wenn er dennoch eintritt — rückgängig machen wollen, und zwar durch die Anwendung unterschiedlicher Machtmittel, darunter auch militärischer Macht. Diesen Versuchen gilt es für die Sowjetunion entgegenzutreten, und zwar am besten dadurch, daß man seinerseits weltweit einsetzbare Streitkräfte aufbaut und unterhält.

Und nicht nur das: Auch ihre in Osteuropa stationierten Streitkräfte sieht die Sowjetunion offenbar als wesentlichen Faktor in dieser globalen Auseinandersetzung mit dem „Kapitalismus“ an. So ist ihre Option zu raumgreifender Offensive gegen Westeuropa — über die sie nach Ansicht des überwiegenden Teils westlicher Analytiker verfügt — nicht nur aus defensiven militärischen Gründen zu verstehen. Vielmehr gibt diese Option den Sowjets auch politische Verhandlungsmacht — bargaining power — gegenüber den USA und deren möglichen Versuchen, sowjetischen Einfluß dort entscheidend zu treffen, wo sie glauben, dies tun zu können.

Darüber hinaus setzt die Sowjetunion — auch wenn diese Funktion im sowjetischen Schrift-



tum nur selten als solche anerkannt wird — ihre militärische Macht zielgerichtet zur Erreichung psycho-politischer Wirkungen ein. So hat sie, beginnend Mitte der siebziger Jahre mit dem Abflachen der Entspannung, einen Prozeß in Westeuropa initiiert, der auf Veränderung des politischen Bewußtseins der Bevölkerung abzielt. Es ist ein Prozeß, der von dem genau dosierten psychologischen Einsatz sowjetischer militärischer Macht unterhalten wird und dessen besonderes Raffinement darin besteht, daß die den Westeuropäern vor Augen geführte Bedrohung nicht von der Sowjetunion ausgeht, sondern von den USA bzw. von dem von diesen angeblich beabsichtigten Nuklearkrieg — mit dem Ergebnis, daß es die Westeuropäer sind, die diese Bedrohung abwenden können: indem sie sich nämlich von den USA und ihrer Nuklearstrategie lossagen<sup>3)</sup>.

Diese doppelte militärisch-politische Motivation der sowjetischen Rüstung bedingt es, daß die Sowjetunion ein Militärpotential unterhält und immer weiter ausbaut, das im Westen als Ausdruck einer militärisch-politischen Überversicherung erscheinen muß, und auch eine solche Überversicherung darstellt. Dies kommt in folgenden Erscheinungen zum Ausdruck: Zum einen im sowjetischen Anspruch auf gleiche Sicherheit, d. h. im Anspruch, so viele militärische Machtinstrumente zu besitzen, wie alle potentiellen Gegner zusammen. Die Sowjetunion beansprucht also nicht nur ein dem amerikanischen gleichkommendes Militärpotential; sie will vielmehr — um es ganz einfach auszudrücken

— so viel besitzen, wie die USA, Westeuropa, China usw. zusammen. Das nämlich sind die militärisch-politischen Hauptgegner, denen sie sich gegenüber glaubt. Dieser Anspruch — der vor allem bei den Nuklearwaffen erhoben wird — führt dann notwendigerweise dazu, daß die Sowjetunion gegenüber jedem einzelnen dieser potentiellen Gegner über militärische Überlegenheit — also über absolute Sicherheit — verfügt.

Damit zum zweiten Charakterzug sowjetischer Überversicherung: Er besteht im Trend zu quantitativer Überrüstung, also zur Herstellung militärischer Überlegenheit, die aus militärischen wie politischen Gründen angestrebt wird. Militärisch gesehen, will die Sowjetunion nicht lediglich sicherstellen, daß die andere Seite in einem Krieg nicht siegen kann; sie will vielmehr sicherstellen, daß sie selbst in jedem Falle einen solchen Krieg gewinnt<sup>4)</sup>. Um dies aber garantieren zu können, will die Sowjetunion zumindest für die wahrscheinlichsten Abläufe über überlegene militärische Kräfte verfügen. Dies führt konsequenterweise zu quantitativer Überrüstung, zu einer Entwicklung also, zu der auch die sowjetische Überzeugung beiträgt, durch Masse, d. h. durch große Zahl, gegebene oder befürchtete qualitative Mängel und andere Nachteile wettmachen zu müssen. Politisch gesehen scheint die Sowjetunion der Auffassung zu sein, daß militärische Macht sich nur dann in politischen Gewinn umsetzen läßt, wenn es sich dabei um *überlegene* Macht handelt.

### III. Die grundsätzliche Haltung der Sowjetunion zur Rüstungskontrolle

Im Ergebnis ist die sowjetische Auffassung vom Stellenwert militärischer Macht also nicht so sehr verschieden von derjenigen, der zufolge es allein militärische Macht ist, die den Supermachtstatus der Sowjetunion begründet. Es kann daher dahinstehen, ob die westliche Perzeption oder die östliche Selbstsicht der Wahrheit näher ist: In jedem Fall bedingt es der Stellenwert militärischer Macht für die Sowjetunion, daß sie den westlichen Rüstungskontrollansatz, der auf Stabilität gerichtet ist — d. h. auf Begrenzung oder gar Ausschaltung offensiv nutzbarer militä-

rischer Macht —, nicht akzeptiert und auch nicht akzeptieren kann:

Entweder benötigt die Sowjetunion — so die westliche Sicht — militärische Macht, um ihren Supermachtstatus zu begründen und aufrechtzuerhalten. In diesem Fall kann sie nicht daran interessiert sein, ihr Militärpotential allein zu Verteidigungszwecken zu nutzen und zu strukturieren; ihr kann auch nicht an Stabilität gelegen sein. Sie muß ihr Militärpotential vielmehr so strukturieren, daß es in der politischen Krise als Drohpotential benutzt

<sup>3)</sup> Die beste Beschreibung dieses Prozesses enthält immer noch das bereits 1965 verfaßte Buch von Arnold Horelick und Myron Rush, *Strategic Power and Soviet Foreign Policy*, Santa Monica, RAND, R-434-PR, 1965.

<sup>4)</sup> Vgl. Robert Legvold, *Der politische Nutzen militärischer Macht in sowjetischer Perspektive*, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), *Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse*, Baden-Baden 1982, S. 187 (236f.).



werden kann und daß es der Umwelt auch außerhalb einer solchen Krise, das heißt im politischen Alltag, ständig als latentes Drohpotential vor Augen steht. Oder — so die sowjetische Sichtweise — die Sowjetunion benötigt militärische Macht zum einen, um den gesellschaftlichen Wandel im Weltmaßstab gegen die Verhinderungsversuche der Kapitalisten abzusichern, zum anderen, um über ein offensives Abwehrinstrument für den Fall eines Krieges zu verfügen. Aus beiden Motivationen heraus ist militärische Überlegenheit zumindest in Teilbereichen und zumindest in bestimmten Regionen für die Sowjets eine unabdingbare Voraussetzung. Militärische Überlegenheit aber ist vielfach gleichbedeutend mit Instabilität.

Und in der Tat sind die Sowjets nicht oder nur sehr teilweise an militärisch-politischer Stabilität interessiert. Im Gegenteil: Sie glauben offenbar, daß ihren militärisch-politischen Sicherheitsvorstellungen dann am besten gedient ist, wenn Instabilität vorliegt, allerdings eine Instabilität zu ihren Gunsten. Wenn also die Sowjets eine Angriffsoption besitzen, welcher der Westen keine oder nur unzureichende Verteidigungsoptionen entgegensetzen kann, so ist dies nach westlicher Auffassung ein Zustand abzulehnender Instabilität. Die Sowjetunion dagegen hat gegen einen solchen Zustand nichts einzuwenden. Zwar mag er nach westlichen Kriterien instabil sein, aber eben nur nach westlichen Kriterien. Nach sowjetischen Kriterien ist ein solcher Zustand dagegen anzustreben und zu begrüßen, weil er die politisch-militärischen Anforderungen der Sowjetunion erfüllt.

Aber es ist nicht nur die so gesehene Rolle militärischer Macht, die westliche Rüstungs-

kontrollvorstellungen und östliches Sicherheitskonzept unvereinbar machen. Im Grunde genommen liegen die Gegensätze tiefer, nämlich auf der Ebene des jeweiligen Staatsverständnisses, auf der Ebene der Ideologie, auf der Ebene der prinzipiellen außenpolitischen Vorstellungen. Der Westen ist auf Erhaltung des Status quo ausgerichtet, auf Konservierung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Das heißt nicht, daß er lediglich verharrend-abwartend-defensiv ausgerichtet ist. Vielmehr vertraut man im Westen darauf, daß sich das eigene Modell individueller Freiheitsrechte und die damit verknüpften wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten auf mittlere Frist überall durchsetzen werden, d. h. weltweit zum Tragen kommen, wenn auch möglicherweise langsam. Dazu benötigt man indessen keine militärische Macht; vielmehr ist ein Zustand militärischer Stabilität optimal für die Durchsetzung westlicher Interessen.

Die Sowjetunion dagegen ist keine Statusquo-Macht — und kann es nach ihrem Selbstverständnis auch gar nicht sein. Für sie besteht das internationale Leben aus ständiger Auseinandersetzung; es findet ein internationaler Klassenkampf statt, in dem die Gegensätze hart aufeinanderprallen. In diesem Kampf werden sich die Kräfte des Sozialismus gesetzmäßig durchsetzen; aber nicht gänzlich von allein: Man muß vielmehr nachhelfen, um den Kapitalismus von seinen letzten Bastionen zu vertreiben und seine Rückkehr zu verhindern. Vor diesem Hintergrund ist militärische Stabilität, so wie es der Westen versteht, etwas, was den sowjetischen Interessen wie dem sowjetischen Selbstverständnis in vielem widerspricht.

#### IV. Die Ziele sowjetischer Rüstungskontrollpolitik

Vor diesem Hintergrund kann es in der Regel keine Akzeptierung westlicher Rüstungskontrollvorstellungen durch die Sowjetunion geben, und es gibt sie auch nicht. Gleichwohl betreibt die Sowjetunion — so jedenfalls die westliche Auffassung — Rüstungskontrollpolitik. In der Tat ist es unbezweifelbar, daß die UdSSR mit den USA und mit westeuropäischen Staaten diverse Rüstungskontrollabkommen geschlossen hat und daß sie sich an Rüstungskontrollverhandlungen beteiligt. Damit stellt sich die Frage, was denn die Sowjetunion mit diesem Vorgehen bezweckt, warum sie überhaupt Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Westen führt.

Die Antwort lautet, daß die Sowjetunion all dies tut, weil für sie Rüstungskontrolle — wie es Alois Mertes einmal in einer Abwandlung von Clausewitz' berühmtem Ausspruch gesagt hat<sup>5)</sup> — die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Was soll das heißen? Das soll heißen, daß die Sowjetunion Rüstungskontrollpolitik nicht — wie häufig der Westen — isoliert, als abgesonderte, gleichsam techni-

<sup>5)</sup> Alois Mertes, Sowjetische Kriterien der Sicherheit und Rüstungskontrolle — konzeptionelle Gegensätze und Unterschiede zum Westen, in: Erhard Forndran/Paul Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979, S. 257—272 (262f.).



sche Materie betreibt, sondern integriert in die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik und mit deren Zielen. Sowjetische Rüstungskontrollpolitik hat demgemäß nicht in erster Linie das Ziel, die militärische Sicherheitslage der UdSSR zu verbessern, sondern sie zielt darauf ab, politische Strukturen im Westen zu beeinflussen und zu verändern. Anders formuliert: Sie zielt in erster Linie auf Beeinflussung und Veränderung des politisch-psychologischen Bewußtseins der Bevölkerung westlicher Staaten ab, und zwar mit dem Kalkül, daß, wenn sich dieses Bewußtsein ändert, sich auch die politischen Verhältnisse ändern.

Wenn die Sowjetunion also etwa eine nuklearwaffenfreie Zone für Nord- oder Mitteleuropa vorschlägt, so soll der west- und nordeuropäischen Bevölkerung eindringlich vor Augen geführt werden, daß ihre Verteidigungsstrategie den Einsatz der in Westeuropa gelagerten zahlreichen amerikanischen Nuklearwaffen vorsieht, daß Kern dieser Strategie die Drohung mit dem Ersteinsatz dieser Waffen ist; daß die Sowjetunion demgegenüber auf einen solchen Ersteinsatz verzichtet hat, daß — wenn dennoch von der NATO Nuklearwaffen eingesetzt werden — dies letztlich zur Zerstörung des Gebietes führen wird, das man doch verteidigen will. Die Schlussfolgerung, die viele aus dieser sowjetischen Argumentation ziehen, ist, auf Nuklearwaffen zu verzichten. Das nun wiederum untergräbt die NATO-Strategie, es treibt einen Keil zwischen Westeuropäer und Amerikaner; es führt letztlich dazu, den Gedanken der Neutralität zumindest der Bundesrepublik Deutschland wieder zu beleben. Und genau darauf zielt die Sowjetunion mit ihrem Vorschlag einer nuklearwaffenfreien Zone auch ab. Entsprechende Zielrichtungen der Sowjetunion sind bei nahezu allen sowjetischen Rüstungskontrollvorschlägen nachzuweisen.

Neben dieser prinzipiellen Zielsetzung sowjetischer Rüstungskontrollpolitik gibt es andere Zielsetzungen, wie es überhaupt ein Irrtum ist anzunehmen, sowjetische Politik kenne stets nur eine Motivation und eine Zielrichtung. Es ist vielmehr immer ein ganzer Fächer politischer Vorstellungen, der hinter jeder Art sowjetischer Politik steht, wobei es allerdings meist eine hervorstechende Farbschattierung gibt. Im Falle der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik besteht sie, wie gesagt, in dem Ziel der Beeinflussung und Veränderung politischer Strukturen im Westen.

Nun zu den Nebenzielen sowjetischer Rüstungskontrollpolitik (die manchmal so in den Vordergrund treten, daß sie zu Hauptzielen werden und umgekehrt das Hauptziel zum

Nebenziel). Als wichtigstes Nebenziel ist dabei das sowjetische Bestreben zu nennen, es dem Westen zu verwehren, militärtechnologische Vorteile zu erreichen<sup>6)</sup>. Die Sowjets sind sich zwar durchaus der Tatsache bewußt, daß auch ihre eigene Militärtechnologie Spitzenleistungen hervorbringt; dennoch trauen sie dem Westen und dabei insbesondere den USA in dieser Hinsicht sehr viel mehr Innovationskraft als sich selber zu. Stets hegen sie die Befürchtung vor einem großen waffentechnologischen Durchbruch der USA. Und wenn diese Befürchtungen ganz oder teilweise bestätigt werden, setzen die Sowjets Rüstungskontrollvorschläge ein, um den USA weitere technische — und damit auch politische — Vorteile zu verwehren.

Das war 1969 so, als die Sowjets erkannten, daß das amerikanische Raketenabwehrsystem (ABM) dem ihren überlegen war. Diese Erkenntnis war eine der Hauptantriebskräfte der sowjetischen SALT-Politik. Später waren es die amerikanischen Cruise Missiles, welche die sowjetischen Verhandlungsvorschläge für SALT II maßgeblich prägten. Gegenwärtig ist es die sowjetische Besorgnis über die politischen (wie wirtschaftlichen) und möglicherweise auch die militärischen Konsequenzen von SDI, die ein wesentliches Motiv für die Bereitschaft der Sowjetunion darstellt, mit den USA über strategische Waffen zu verhandeln.

Die Sowjets befinden sich dabei in einem gewissen Dilemma: Ihre primäre Zielrichtung ist es, die Einführung für überlegen gehaltenen amerikanischer Waffensysteme zu verhindern. Um dies zu erreichen, müssen sie sich einerseits in das System westlicher Rüstungskontrollvorstellungen begeben, d. h., sie müssen letztlich die westliche Argumentationsweise übernehmen und Stabilität auch als sowjetisches Ziel bezeichnen. Zum anderen müssen sie sich zu einer Gegenleistung bereitfinden, um amerikanische Einschränkungen auf dem Gebiet fortgeschrittener Rüstung herbeizuführen; denn auch in Rüstungskontrollverhandlungen bekommt man nichts, ohne dafür etwas zu geben. Und bei diesen Gegenleistungen zeigen sich die Sowjets regelmäßig und verständlicherweise sehr zurückhaltend.

Ein weiteres Nebenziel besteht in dem sowjetischen Bestreben, die Kosten der Rüstung im Rahmen zu halten. Eine Erkenntnis ist hier allerdings vorauszuschicken: Die Sowjetunion

<sup>6)</sup> Dazu Dimitri K. Simes, Are the Soviets interested in Arms Control?, in: The Washington Quarterly, Spring 1985, S. 147 ff.



wird keine Kosten scheuen, wenn sie bestimmte Rüstungsprogramme für unbedingt notwendig hält. Nach Möglichkeit möchte sie jedoch diese Kosten niedrig halten, und zwar auch dadurch, daß Rüstungskontrollverträge ihr klare Berechnungsgrundlagen für das Ausmaß westlicher Rüstung geben.

Dieses Motiv ist allerdings — SDI mag das geändert haben — bisher kaum je entscheidend für sowjetische Rüstungskontrollvorschläge gewesen; und im übrigen ist die Sowjetunion zwar bereit, sich an einer Senkung des Rüstungsniveaus zu beteiligen, doch sollen die Relationen nach Möglichkeit die alten bleiben, d. h. eine sowjetische Überlegenheit muß auch nach Durchführung von Rüstungskontrollabkommen und nach entsprechenden Reduzierungen erhalten bleiben, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Nichts anderes jedenfalls meint die sowjetische Standardformel, wie sie regelmäßig in sowjetischen Rüstungskontrollvorschlägen auftaucht, nämlich die „unverminderte Sicherheit“, nach der es zu streben gelte.

Nun zum letzten und wichtigsten Nebenziel, das man auch als Bestandteil des politischen Hauptzieles begreifen kann. Es ist dies die Selbstdarstellung der Sowjetunion als einer prinzipiell friedliebenden Macht und die Darstellung der USA als einer prinzipiell friedensfeindlichen Macht. Dieses Ziel und die entsprechende Vorgehensweise werden von der Sowjetunion nicht immer verfolgt; in ernsthaften Gesprächen mit den USA werden sie, selbstverständlich, außer acht gelassen. Aber in Rüstungskontrollgesprächen mit den Westeuropäern wird diese Propaganda — zumal wenn es um die Verhinderung neuer Waffensysteme der Amerikaner geht — regelmäßig eingesetzt. Dabei wird den Westeuropäern suggeriert, es gäbe ein „gemeinsames Haus“ Europa, in dem West- wie Osteuropa und natürlich auch die Sowjetunion Hausrecht genossen. Die USA indessen hätten in diesem „gemeinsamen Haus“ Europa nichts zu suchen; sie seien Fremde, Eindringlinge, die dieses Haus nur für ihre finsternen Zwecke benutzen wollten und dabei gleichsam ständig die Hausordnung verletzen. Gleichzeitig wird den Westeuropäern suggeriert, die Amerikaner wollten in Europa und auf Kosten der Westeuropäer einen begrenzten Nuklear-

krieg gegen die Sowjetunion führen, bei dem sie selbst — also die USA — unversehrt blieben.

Die Zielrichtung all dieser Argumente — die allerdings diesen Namen kaum verdienen — ist klar: Auf der einen Seite soll ein Keil zwischen Westeuropäer und Amerikaner getrieben werden, die gemeinsame Verteidigung Westeuropas soll letztlich unmöglich gemacht werden; auf der anderen Seite soll die Sowjetunion als die Macht erscheinen, welche allein die Sicherheit Europas gewährleisten kann, als eine Macht überdies, die so friedliebend ist, daß man sich ihr getrost anvertrauen kann. Es soll also weithin deutlich gemacht werden, daß die Westeuropäer Sicherheit nicht gegen die Sowjetunion erreichen können, sondern nur mit ihr zusammen.

Das klingt nur scheinbar so, als ob die Sowjetunion zu „gemeinsamer Sicherheit“ bereit sei: Sicherheit zusammen mit der Sowjetunion zu erreichen heißt für die UdSSR, daß *sie* es ist, welche die Bedingungen dieser Sicherheit definiert; daß es *ihre* Belange sind, die dabei im Vordergrund stehen; daß *sie* die Macht ist, welche die europäische Sicherheit bestimmt. Die Sicherheitsbedürfnisse der Westeuropäer jedenfalls sind von der Sowjetunion noch nie als solche anerkannt worden: Die UdSSR ist bisher, ihrem ganzen Sicherheitsverständnis entsprechend, nicht in der Lage gewesen, öffentlich einzuräumen, daß die Westeuropäer sich vom sowjetischen Militärpotential bedroht fühlen könnten. Ob die jüngsten Erklärungen von Generalsekretär Gorbatschow eine Abkehr von dieser Haltung bedeuten<sup>7)</sup>, bleibt abzuwarten. Man möchte es glauben; doch ist auch die sowjetische Führung an ihren Taten und nicht an ihrer Rhetorik zu messen.

7) Generalsekretär Gorbatschow hat am 3. 10. 1985 in Paris in seiner Rede vor der Nationalversammlung u. a. ausgeführt, daß die Sowjetunion bei den von ihr vorgeschlagenen Verhandlungen mit Frankreich über die Begrenzung der Nuklearwaffen die französischen Sicherheitsinteressen „mit größter Aufmerksamkeit“ berücksichtigen werde, und daß die Sicherheit Europas nicht „mit militärischen Mitteln, mit militärischer Macht“ gewährleistet werden könne. Der vollständige Text der Rede ist abgedruckt in: Izvestija vom 4. 10. 1985, deutsch in: Neues Deutschland vom 4. 10. 1985.



## V. Einige Schlußfolgerungen

Wenn man die sowjetische Haltung zur Rüstungskontrolle unter den genannten prinzipiellen Gesichtspunkten beobachtet, so lassen sich einige Vorhersagen künftigen sowjetischen Verhaltens treffen; darüber hinaus sind einige Schlußfolgerungen hinsichtlich der westlichen Rüstungskontrollpolitik unausweichlich:

1. Die Sowjetunion wird weiterhin bereit sein, Rüstungskontrollverhandlungen in nahezu allen Bereichen zu führen; sie wird weiterhin entsprechende Angebote machen. Nur so kann die UdSSR ihre *politischen* Ziele erreichen, die sie mit Rüstungskontrolle vornehmlich verfolgt. Der Rückzug der Sowjetunion von den INF- und START-Verhandlungen sowie ihre relativ schnelle Rückkehr an den Verhandlungstisch sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache<sup>8)</sup>.

2. Zu Konzessionen, die diesen Namen verdienen und die eine Bereitschaft zu „gemeinsamer Sicherheit“ ausdrücken, wird die Sowjetunion sich nur dort verstehen, wo dies mit ihren Rüstungskontrollzielen vereinbar ist: bei den strategischen Waffen<sup>9)</sup>. Hier gebieten ihre politischen Interessen der Sowjetunion geradezu, mit den USA Rüstungskontrollverhandlungen zu führen und entsprechende Vereinbarungen zu treffen: Eine zwi-

schen den beiden großen Nuklearmächten vertraglich festgeschriebene nuklearstrategische Parität dokumentiert den Supermachtstatus der Sowjetunion und gibt ihr optimale Möglichkeiten für die Führung ihrer Außenpolitik gegenüber dritten Ländern. Insbesondere die politische Ausnutzung regional überlegener militärischer Macht gegenüber jenen Staaten, deren Sicherheit letztlich auf der amerikanischen Nukleargarantie beruht (also vor allem die europäischen NATO-Mitglieder), wird durch eine vertraglich geregelte strategische Parität weitestgehend gefördert (dagegen wäre sowjetische Überlegenheit auf diesem Sektor — selbst wenn sie zeitweilig erreichbar wäre — politisch eher kontraproduktiv.) Darüber hinaus geben Rüstungskontrollverhandlungen bei den strategischen Waffen der Sowjetunion eine gewisse Garantie gegen technologische Durchbrüche der USA<sup>10)</sup>, wobei die Sowjets — gerade ihre Haltung zu SDI deutet dies an — eher die politische und wirtschaftliche denn die militärische Wirkung derartiger Durchbrüche der USA zu fürchten scheinen. Es liegt an den USA, diese Befürchtungen der Sowjets in geeigneter Weise bei den Verhandlungen zu nutzen.

3. Was Europa betrifft, sind sowjetische Konzessionen, die zu mehr Stabilität — im westlichen Sinne verstanden — führen, nicht zu erwarten: Die Sowjetunion wird nicht zu Maßnahmen bereit sein, die ihre militärischen und damit ihre politischen Optionen auch nur annähernd einschränken<sup>11)</sup>. Auch

<sup>8)</sup> Die Sowjetunion hatte sich im Herbst 1983 sowohl von den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) als auch über strategische Waffen (START) zurückgezogen, und zwar mit der Begründung, die beginnende Nachrüstung der NATO mache jegliche Verhandlung unmöglich. Anfang 1985 war sie dann wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt — trotz der inzwischen fortgeschrittenen Nachrüstung der NATO. Der Grund dafür nach allem, was man bisher sehen kann: Die Sowjetunion hatte zum einen erkannt, daß sich politischer Einfluß auf Westeuropäer wie Amerikaner sehr viel besser bei laufenden Verhandlungen ausüben ließ als ohne Verhandlungen. Zum anderen hatte die sowjetische Führung begriffen, daß die Reagan-Administration sich tatsächlich an die Verwirklichung von SDI machen würde — ein Vorhaben, an dessen Verhinderung den Sowjets aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen gelegen war, das sich aber nur mittels Verhandlungen, keinesfalls aber ohne sie verhindern ließ.

<sup>9)</sup> Das jüngste Angebot der Sowjetunion an die USA, die Nuklearwaffen, die jeweils das Territorium der anderen Seite erreichen können, um 50 Prozent zu verringern, ist ein Beleg für diese These. Sie wird im übrigen auch von Gerhard Wettig vertreten (Gerhard Wettig, Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost-West-Einverständnisses, Baden-Baden 1981, S. 92f.). Vgl. zu der gesamten Problematik Gerhard Wettig, Die Sowjetunion und die Rüstungskontrolle, in: Außenpolitik, (1985) 1, S. 25ff.

<sup>10)</sup> Kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die Formulierung des jüngsten Rüstungskontrollvorschlages der Sowjetunion (vgl. Anm. 9) durch Generalsekretär Gorbatschow. Er hat in seiner Pariser Rede (vgl. Anm. 7) davon gesprochen, die UdSSR schlage vor, „kosmische Angriffswaffen“ [sowjetische Bezeichnung für SDI] zu verbieten und tatsächlich radikal, um 50 Prozent, diejenigen Kernwaffen zu verringern, „die das Gebiet der anderen Seite erreichen können“. Signifikant ist die elegant verpackte Verknüpfung, die in Wirklichkeit bedeutet: Radikale Verringerung der strategischen Angriffswaffen nur bei einem Ablassen der Amerikaner von SDI. Daß die sowjetische Formulierung im übrigen eine Reduzierung der in Europa stationierten Pershing II und Cruise Missiles einschließt, einen Abbau der ebenfalls in Europa stationierten SS-20 aber ausschließt, weil sie nicht gegen die USA, sondern gegen Westeuropa gerichtet sind, sei nur am Rande bemerkt.

<sup>11)</sup> Die jüngst erklärte sowjetische Bereitschaft zur Errichtung einer geographisch eng begrenzten chemiewaffenfreien Zone (CWfZ) in Mitteleuropa (nachdem SPD und SED einen Rahmen für ein entsprechendes Abkommen ausgearbeitet haben) spricht nicht gegen diese These, sondern bestätigt



einseitiges westliches Vorgehen („Vorleistungen“) dürfte sie nicht dazu veranlassen<sup>12)</sup>.

4. Für den Westen stellt sich damit die Frage, wie er sich einem Staat gegenüber verhalten soll, der seinem Selbstverständnis nach — außer bei den strategischen Waffen — zu wirklicher Rüstungskontrolle nicht bereit ist. Nicht zu verhandeln scheidet als Option nach dem in Westeuropa herrschenden Selbstverständnis aus: Die westeuropäischen Staaten sehen — zu Recht — in beständiger Verhandlung, gedacht „als Kontrollprozeß zur Begrenzung des Konfliktrisikos und zur Beeinflussung des potentiellen Gegners, die unerläßliche Ergänzung zur Rüstungs- und Verteidigungsplanung“<sup>13)</sup>.

Derartige Verhandlungen dürfen indessen nicht in einer großangelegten Halteoperation

---

sie. Die vorgeschlagene Zone bedeutet kaum einen Gewinn an Sicherheit: Die Sowjetunion behält ihre Fähigkeit zu chemischer Kriegführung in Europa. Dagegen würde eine entsprechende CWFZ die politischen Ziele fördern, welche die Sowjetunion mit Rüstungskontrolle primär verfolgt: Die beiden Deutschlands würden als spezielle Sicherheitszone etabliert; die Sowjetunion erschiene der westdeutschen Öffentlichkeit als „Sicherheitspartner“, ohne sich ihrer Option zu chemischer Kriegführung gegen Westeuropa wirklich begeben zu haben; der Weg zu Verhandlungen über eine entsprechend angelegte nuklearwaffenfreie Zone wäre vorgezeichnet — mit allen Konsequenzen für die politische Einheit des Bündnisses. (Inzwischen ist die Aufnahme derartiger Verhandlungen zwischen SPD und SED angekündigt worden.) Auf die gegenwärtige Problematik einer CWFZ in Mitteleuropa kann hier nicht näher eingegangen werden. Aufmerksamkeit verdient insbesondere die zwischen SPD und SED vereinbarte und in ihren möglichen Folgewirkungen interessante Verifikationsregelung, vor allem aber die Frage, ob es politisch sinnvoll ist, daß eine demokratisch legitimierte Partei, die in der Opposition steht, Verhandlungen mit einem anderen Staat führt, der diese Legitimation nicht besitzt. Und der Verhandlungspartner der SPD ist letztlich die DDR, die sich in der SED verkörpert. Zu diesen Fragen vgl. Günther Gillessen in FAZ vom 24. 9. 1985.

<sup>12)</sup> Vgl. Senghaas (Anm. 1), S. 325f.

<sup>13)</sup> Lothar Rühl, „Volksgeist“ und öffentliche Meinung als Faktoren der Widerstandskraft, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, (1980) 4, S. 101 (104).

defensiv geführt werden; vielmehr sollten sie in einer *offensiven* Rüstungskontrolldiplomatie auf den Abbau der militärischen Offensivfähigkeit des Warschauer Pakts abzielen<sup>14)</sup>: Nur so kann nach außen wie nach innen klar gestellt werden, wer die Verpflichtung zum Gewaltverzicht im militärischen Bereich zu substantiiieren bereit ist und wer nicht; nur so kann die Sowjetunion zum Nachdenken über wirkliche Rüstungskontrollbeschränkungen veranlaßt werden. Der Westen jedenfalls hat Vorschläge, die auf eine beiderseitige „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ abzielen, nicht zu fürchten<sup>15)</sup>.

5. Die mangelnde Bereitschaft der Sowjetunion zu wirklicher Rüstungskontrolle in Europa festzustellen, bedeutet lediglich Anerkennung der Realität. Der Entspannung wird damit keine Absage erteilt. Im Gegenteil: Der Konflikt zwischen West und Ost in Europa ist ein politischer Konflikt — in erster Linie ist er durch politische Mittel zu lösen. Hier ist für die Entspannungspolitik noch viel Raum. Dabei bestehen für Fortschritte um so mehr Chancen, je mehr man sich im Westen von der — von der Sowjetunion genährten — Vorstellung freimacht, in Rüstungskontrollverhandlungen und -vereinbarungen, so wie sie die Sowjetunion versteht, eine wesentliche Quelle der eigenen Sicherheit zu sehen.

---

<sup>14)</sup> Vgl. dazu den grundlegenden Artikel von Peter Stratmann, Entspannung contra militärische Sicherheit? — Zur Notwendigkeit einer offensiven Rüstungskontrollpolitik der NATO für Europa, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Polarität und Interdependenz, Baden-Baden 1978, S. 167ff.

<sup>15)</sup> Dabei gilt im übrigen für den Westen, daß es eine Sache ist, eine derartige Struktur immer wieder lautstark zu fordern, eine ganz andere Sache aber, einen entsprechenden Vorschlag wirklich auszuarbeiten. Das einzige durchdachte Modell in dieser Hinsicht stammt von Manfred Bertele (Manfred Bertele, Struktur und Dislozierung von Landstreitkräften in Europa: Mögliche Funktionen vereinbarter Beschränkungen bei der Schaffung militärischen Gleichgewichts, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Die Einhegung sowjetischer Macht, Baden-Baden 1982, S. 375ff.).



# Strategische Rüstungskontrolle und Verteidigungspolitik unter Reagan

## Eine Zwischenbilanz

### I. Der zweite Anlauf in Genf — Konturen eines neuen amerikanisch-sowjetischen Dialogs

Die Supermächte kommen wieder ins Gespräch — eine Entwicklung, die sowohl bei uns als auch in Amerika mit einer Mischung von Skepsis und hoffnungsvoller Erwartung verfolgt wird. Vorausgegangen war mit der Wiederwahl Reagans die Fortschreibung eines sicherheitspolitischen Programms, das in seiner Konzentration auf den beschleunigten Ausbau der amerikanischen Streitkräfte unter dem Motto „Aufrüstung vor Abrüstung“ erneute Entschlossenheit und militärische Bereitschaft gegenüber der Sowjetunion demonstrieren sollte. Während im Weißen Haus das Kapitel der militärischen Stärkung keinesfalls als abgeschlossen gilt, räumt man nun aber auch hier wieder der Rüstungskontrolle und allgemeinen Verhandlungen mit Moskau einen höheren Stellenwert auf der außenpolitischen Agenda ein.

Seit dem vergangenen Jahr hat sich die anti-sowjetische Rhetorik der Administration erkennbar entschärft; der Wunsch nach einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen ist in zahlreichen Erklärungen des Weißen Hauses deutlich zutage getreten. Schon vorher war die Warnung vor der drohenden sowjetischen Überlegenheit bei der strategischen Rüstung (das sogenannte „window of vulnerability“) diskret zu den Akten gelegt worden. Im Wahlkampf erhob Reagan die Bemühungen um Rüstungskontrolle zur Priorität seiner zweiten Amtszeit und stellte somit die Weichen für die komplexeste Gesprächsrunde (drei Themenbereiche, drei Unterhändler) in der bisherigen Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen. Er bewirkte zudem eine Abschwächung der von konservativen Parteifreunden geforderten Betonung des amerikanischen Überlegenheitsanspruchs im republikanischen Wahlkampfprogramm; diese hat Moskau allerdings wenig beruhigt, zumal dort die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) als ein neuer Versuch der USA gewertet wird, den Gegner militärisch und technologisch zu übertrumpfen.

Immerhin hatte das Pentagon 1982 in seinen internen Verteidigungsrichtlinien für die Haushaltsjahre 1984—1988 gemeint, die Sowjets würden in absehbarer Zeit in erheblichen Wirtschaftsnöten stecken, und man solle dies mit der Erschließung neuer Gebiete des militärischen Wettbewerbs nützen. Als Zielvorgabe galt, das Rüstungsarsenal der anderen Seite zu entschärfen. Auf diesem Hintergrund hat sich denn auch der Schwerpunkt der Differenzen in den strategischen Beziehungen der Supermächte von den Offensivwaffen der nuklearen Triade hin zum Sektor der militärischen Weltraumtechnologie verlagert.

Wenn auch auf amerikanischer Seite von einer Rückkehr zur Entspannungspolitik der siebziger Jahre nicht die Rede ist, ergeben sich parallel zu den neuen Abrüstungsverhandlungen in diesem Jahr vielfältige Ansatzpunkte für eine generelle Belebung des Ost-West-Dialogs. Bislang suspendierte Wirtschaftsgespräche sind seit Beginn des Jahres wieder in Gang gekommen. Dem erfolgreichen Sondierungsgespräch zwischen Außenminister Shultz und seinem damaligen Amtskollegen Gromyko über die Wiederaufnahme der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen folgte die Unterzeichnung neuer amerikanisch-sowjetischer Vereinbarungen über sofortige Konsultationen im Falle einer tatsächlichen oder angedrohten Nuklearexplosion seitens eines Drittlandes.

Shultz und Schewardnadse begegneten sich Ende Juli 1985 bei der Feier des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Helsinki-Akte, und Reagan konferierte mit dem neuen sowjetischen Außenminister anlässlich der Herbsttagung der UN-Vollversammlung. Vor allem aber ist für November mit dem Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow die erste Zusammenkunft auf höchster Ebene seit sechs Jahren geplant. An sie sind insbesondere Erwartungen über Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen geknüpft. Außer-



dem fällt in diesen Zeitraum eine neue Überprüfung der amerikanischen Haltung hinsichtlich des Ende 1985 ablaufenden SALT-2-Abkommens, dessen Vereinbarungen von den USA bislang zwar eingehalten, vom Kongreß jedoch nicht ratifiziert wurden.

Nach vier Jahren frostiger Großwetterlage ist die sich hier abzeichnende Verständigungs Bereitschaft auf amerikanischer Seite eher auf einen pragmatischen Strategiewechsel im Weißen Haus als auf einen vermeintlich hohen Nachholbedarf Reagans an diplomatischen Erfolgen in seinen letzten Amtsjahren zurückzuführen. In letzter Zeit hat es in Moskau mehr Veränderungen in außen- und sicherheitspolitischen Schlüsselpositionen gegeben als in Washington, wo das Beraterteam des Präsidenten trotz interner Differenzen weitgehend intakt geblieben ist. Mit dem Einzug Gorbatschows in das höchste Parteiamt der KPdSU ist dort die jahrelange Phase sowjetischer Führungsschwächen zu Ende gegangen. Wo seit den letzten Amtsjahren Breschnews (abrüstungs-)politische Initiativen kaum über einen verbalen Schlagabtausch hinausreichten, müssen sich die USA nun auf eine neue, von langfristigen Kalkül bestimmte Politik der Sowjetunion einstellen.

Blieben vor diesem Hintergrund Fortschritte im Rüstungskontrollprozeß aus, an denen die Administration in Washington zunächst selbst wenig interessiert schien, so will Reagan nun Moskau auf halbem Wege bei der Schaffung eines „neuen Klimas der politischen Verständigung“ entgegenkommen, das wünschenswert und wesentlich sei, um Krisen zu vermeiden und Fortschritte beim Abbau von Nuklearwaffen zu erzielen. Unter anderem wurde auf Initiative Washingtons bereits ein bilateraler Meinungsaustausch über lokale und regionale Konfliktherde (Naher Osten, Afghanistan, das südliche Afrika) eingeleitet.

Derartige Bemühungen auf verschiedenen Ebenen gehören zu den unerläßlichen Voraussetzungen, um auch der Gefahr einer Destabilisierung der militärischen Beziehungen beider Staaten entgegenzusteuern, die das amerikanische Programm der Erforschung weltraumgestützter Defensivwaffen (SDI) und die negative sowjetische Reaktion auslösen könnten. Als längerfristig angelegte „vertrauensbildende Maßnahmen“ könnten diese Bemühungen über eine Verständigung über den Abbau von Nuklearwaffen hinaus eventuell den Weg zur kontrollierten Einführung von hochentwickelten Raketenabwehrsystemen auf beiden Seiten ebnen. Obwohl SDI auf

Jahre hinaus angelegt ist, hat sich innerhalb der amerikanischen Regierung bereits eine rege Diskussion über die Einführung von Defensivwaffen und die dadurch bedingte Reform der Strategie der Abschreckung durch „mutual assured destruction“ (MAD) entwickelt.

Die wohl maßgeblichsten wegweisenden Überlegungen dazu finden sich in dem von Rüstungskontrollberater Nitze angeregten „strategic concept“<sup>1)</sup>. Danach sollen die Bemühungen der kommenden Dekade auf eine mit Moskau ausgehandelte Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen konzentriert sein, die Verteidigungsstrategie der USA in MAD verankert bleiben und beide Supermächte sich auf Aktivitäten im Bereich der Raketenabwehr beschränken, die nicht über den Rahmen des ABM-Vertrags von 1972 hinausgehen. In der darauffolgenden Übergangsphase sollen dann beide Seiten gleichzeitig und nach vorheriger Absprache zur Dislozierung einer Mischung aus Offensiv- und Defensivsystemen übergehen, mit dem langfristigen Ziel, nichtnukleare Verteidigungssysteme zum Hauptpfeiler ihrer Rüstung und Verteidigungsstrategien zu machen.

Die Leitlinien des Weißen Hauses für die derzeitigen Genfer Verhandlungen fügen sich in diesen Entwurf ein. Wie schon bei den früheren Gesprächen über einen Abbau der strategischen Raketen (START), setzt Reagan auf eine effektive und verifizierbare Reduzierung dieser Waffen, bei der insbesondere der sowjetische Vorsprung bei schweren Interkontinentalraketen verringert werden soll. Im Bereich der Mittelstreckenraketen bleibt seine Präferenz eine vollständige Beseitigung dieser Waffenkategorie. Außerdem will man nun das Thema Weltraumwaffen wie auch das Verhältnis zwischen offensiver und defensiver Rüstung erörtern, wobei jedoch SDI entgegen den sowjetischen Forderungen von der Liste der Verhandlungsgegenstände ausgeklammert bleiben soll. Geklärt werden sollen hingegen vor allem zweifelhafte sowjetische Rüstungsaktivitäten, die in den USA als Zeichen der Erosion des ABM-Vertrags gedeutet werden.

Das Haupthindernis für Bewegung am Verhandlungstisch besteht darin, daß — ähnlich der amerikanischen Vorbehalte Anfang der

<sup>1)</sup> Vgl. „Nitze Outlines U.S. Strategic Concept for Next Ten Years“. Rede vor dem World Affairs Council in Philadelphia. United States Information Service, Wireless Bulletin from Washington, 21. 2. 1985, S. 3—9.



siebziger Jahre, einer dauerhaften Begrenzung der Raketenabwehrwaffen (ABM-Vertrag) nur in Verbindung mit Parallelvereinbarungen über eine strikte Begrenzung der strategischen Offensivwaffen zuzustimmen — Moskau heute kein Abkommen über eine strategische Abrüstung schließen will, ohne ein ausgehandeltes Verbot oder zumindest Begrenzungen über die Entwicklung und Dislozierung von weltraumgestützten Defensivsystemen in der Tasche zu haben<sup>2)</sup>. Die SDI war nun der ausschlaggebende Grund, daß die Sowjets an den Verhandlungstisch in Genf zurückgekehrt sind. Gleichzeitig hält das Weiße Haus an seinem Grundsatz fest, Rüstungselbstbeschränkungen oder andere Vorleistungen für ein neues Rüstungskontrollabkommen abzulehnen. So hat es sich von den freiwilligen Moratoriumserklärungen der Sowjets bei der Erprobung von Antisatellitenwaffen (ASAT) und der Dislozierung von Mittelstreckenraketen wenig beeindruckt gezeigt und sie als Propaganda abgetan. Es weigert sich ebenfalls, dem derzeitigen befristeten Atomtest-Stopp auf sowjetischer Seite Folge zu leisten.

Nach Abbruch der START-Verhandlungen Ende 1983 zirkulierten damals ähnliche Rüstungskontrollvorschläge auch in Washington. Vom Senat war der Präsident noch im vergangenen Jahr in einer Resolution aufgefordert worden, Moskau ein umfassendes Atomtest-Verbot anzubieten oder diesem Haus zumindest den Schwellenvertrag von 1974 und den Vertrag über unterirdische Nuklearexplosionen zu friedlichen Zwecken zur Ratifizierung vorzulegen — beide Forderungen blieben ohne Resonanz. Diese Abkommen werden zwar informell eingehalten, doch gibt es nach Auffassung Reagans ohne die Verifikationsmöglichkeit einer Vor-Ort-Inspektion keine Garantie, daß auch die Sowjets deren Bestimmungen strikt befolgen. Daher zielt die wiederholt erfolgte Einladung an sowjetische Experten, einer amerikanischen Nuklearexplosion an Ort und Stelle beizuwohnen, darauf ab, einen Austausch von Beobachtern durchzusetzen. Auch bei neuen Abrüstungs- oder Begrenzungsabkommen würde die Administration strenge Maßstäbe hinsichtlich einer effektiven Kontrolle anlegen.

## II. Verteidigung zu Land und im Weltraum — die Innenpolitischen Spannungsfelder

1980 versprach Reagan, einen zügigen Abbau der amerikanischen Streitkräfte vorzunehmen, vor allem im strategischen Bereich. Zwar sind hier inzwischen Fortschritte gemacht worden, doch wird die Anschaffung vieler der neuen Waffen, wie die MX-Rakete oder der B-1B-Bomber, erst Ende der Dekade abgeschlossen sein und die Produktion anderer Waffensysteme — wie der Stealth-Bomber oder der Midgetman — erst in den neunziger Jahren anlaufen. Vor allem aber hat sich der anfänglich sichtbare starke innenpolitische Konsens hinter den sicherheitspolitischen Initiativen dieser Administration zusehends gespalten.

Die jüngsten Entwicklungen in den USA signalisieren, daß die Zustimmung für forcierte Rüstungsanstrengungen ihren Höhepunkt bereits überschritten und sowohl im Kongreß als auch in der Bevölkerung abzubröckeln begonnen hat. Dies zeigt sich z. B. daran, daß der diesjährige Zuwachs der Ausgaben im Verteidigungsbereich — ein Gesamtetat von rund 300 Mrd. Dollar — nur dem Inflationsausgleich entspricht. Er liegt somit weit hinter

dem realen Wachstum von 6%, das der Regierungsentwurf vorgesehen und der Kongreß noch für 1985 bewilligt hatte. Selbst die ansonsten loyale republikanische Senatsführung weigerte sich, die Forderungen des Pentagon zu unterstützen. Daß damit sogar die vom demokratischen Präsidentschaftsbewerber Mondale befürwortete Steigerungsrate von real 3% deutlich unterschritten wurde, ist in erster Linie der wachsenden Besorgnis über das Haushaltsdefizit des Bundes zuzuschreiben. Nicht zuletzt aus diesen Motiven wird das Pentagon — aber auch wegen der sich häufenden Fälle von Mißmanagement bei der Rüstungsbeschaffung — härter in die Mangel genommen.

Rüstungskontrollüberlegungen auf dem Capitol Hill bleiben der andere gewichtige Faktor. Sie kommen am deutlichsten in der Kürzung der Mittel für die MX-Rakete oder für SDI zum Ausdruck sowie in zahlreichen Auflagen, die der Kongreß in den vergangenen Jahren in Verbindung mit seinen Ermächtigungs- und Bewilligungsgesetzen im Verteidigungsbereich verabschiedet hat. Wenn sich der Rüstungsetat seit 1980 auch nominal verdoppelt hat, so kann von einer ungezügelter Aufrüstung unter Reagan keine Rede sein. Dies gilt insbesondere für Initiativen im strategischen

<sup>2)</sup> Siehe Arnold Horelick, U.S.-Soviet Relations: The Return of Arms Control, in: Foreign Affairs, 63 (1985) 3, S. 33.



Bereich, welche die USA in die Lage versetzen sollen, aus einer starken Position heraus Moskau zu einem Abrüstungsabkommen zu bewegen.

## 1. Raketenrüstung

Während der Ausbau des seegestützten Nuklearpotentials sowie die Modernisierung der strategischen Luftstreitkräfte mit 100 B-1B-Bombern (und später dem Stealth-Bomber) planmäßig vorangeht, hat die Administration das kontroverse MX-Programm wiederholt nur knapp vor der Streichung durch den Kongreß gerettet. Seit Reagan die Dislozierungspläne Carters verworfen und sich für einen immobilen Aufstellungsmodus für diese zehngefechtsköpfigen Interkontinentalraketen entschieden hat, machen ihm konservative Politiker den Vorwurf, die Funktion dieser ursprünglich als mobil konzipierten Rakete verfehlt zu haben — nämlich die Verwundbarkeit des landgestützten Nukleararsenals durch schwere und zielgenaue sowjetische Fernraketen zu vermindern. An der zweiten Rechtfertigung für die MX — ihre Funktion als treffgenaue „counterforce“-Waffe — stoßen sich wiederum die liberalen Kräfte. Sie lehnen das Waffensystem grundsätzlich ab, da es aufgrund seiner technischen Merkmale von den Sowjets als Erstschlagwaffe begriffen werden könne, mit der Folge neuer Eskalationen im Rüstungswettlauf.

Mehrmalige Änderungen der MX-Dislozierungspläne haben im Laufe der vergangenen Jahre nicht nur die Glaubwürdigkeit in die Funktionsfähigkeit der Waffe beeinträchtigt. Auch das Argument des Weißen Hauses, die MX stelle einen unentbehrlichen Hebel bei den Abrüstungsverhandlungen dar, hat an Glaubwürdigkeit eingebüßt: Zunächst wurde die Ausgangsposition Reagans für START kritisiert, zu einseitig auf die Reduzierung schwerer sowjetischer Interkontinentalraketen ausgerichtet und daher nicht verhandlungsfähig zu sein. Dann nahm die demokratische Opposition das Scheitern von START als Anlaß für die Beschwerde, die angelaufene Produktion der MX-Raketen habe keine Fortschritte am Verhandlungstisch bewirkt. Um 1983 die Beschaffung der ersten Raketen überhaupt im Kongreß durchsetzen zu können, sah sich daher die Administration gezwungen, die ursprünglichen Aufstellungspläne von 200 MX um die Hälfte zu kürzen und das Empfehlungspaket der Scowcroft-Kommission zu akzeptieren. Danach sollte sie die MX in alten Minuteman-Silos unterbringen, eine kleine und mobile zweite neue Interkontinentalrakete (Midgetman) entwickeln

und die START-Bedingungen überdenken. Der Kongreß nützte diesen Augenblick, um seine Unterstützung der MX-Politik Reagans als „bargaining chip“ für den Einfluß in den Genfer Verhandlungsprozeß geltend zu machen und die Revision der START-Position im Herbst 1983 aktiv mitzubestimmen.

Der haushohe Wahlsieg Reagans sowie vor allem die neu eingeleiteten Abrüstungsverhandlungen haben den Produktionsnachschub der MX aufrechterhalten, allerdings in kleineren Losen als vom Pentagon vorgesehen. So gelang es dem Präsidenten mit Hinweis auf die Notwendigkeit einer militärisch gestärkten und politisch geschlossenen Verhandlungsposition, im Kongreß die Aufhebung einer Produktionssperre für das Haushaltsjahr 1985 zu bewirken. Gemäßigte Politiker warnen aber, daß das weitere Schicksal der Raketen an die Demonstration beider Seiten geknüpft sei, guten Willens und flexibel in Genf verhandeln. Reagan wurde vom Kongreß bereits gezwungen, das zur Dislozierung in Minuteman-Silos vorgesehene Gesamtkontingent von 100 MX nochmals um die Hälfte zu verkleinern.

Um doch noch eine vollzählige Stationierung zu erreichen und die Zweifel über die Effektivität des Waffensystems zu zerstreuen, hält die Administration nun wieder Ausschau nach neuen Dislozierungsmethoden, durch die die Waffen überlebensfähiger gemacht werden können. In diesem Zusammenhang gewinnt auch eine Neueinschätzung des CIA über die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Mehrgefechtskopf-Rakete SS-19 an Bedeutung. Entgegen den Analysen, die zur Zeit Carters dem „window of vulnerability“-Argument Auftrieb gaben, glauben Experten nun nicht mehr, daß dieses Raketenabwehrsystem die Treffsicherheit besitzt, um amerikanische Raketenilos bei einem Erstschlag zu gefährden<sup>3)</sup>. Tatsache aber ist, daß man im Kongreß inzwischen mit großzügig bewilligten Forschungsmitteln der sich noch im Entwicklungsstadium befindenden Midgetman-Rakete immer mehr den Vorzug gibt. Die kleinere Größe dieses eingefechtsköpfigen Systems soll seine Mobilität und somit seine Unzerstörbarkeit garantieren. Außerdem eignet es sich nicht als Erstschlagwaffe gegen militärische Ziele.

Die Demokraten sehen zudem in der Förderung dieses Projekts sowie nichtnuklearer Rüstungsinitiativen (u. a. ihr ausschlaggebendes Plaket zur Wiederaufnahme der Produktion von chemischen Waffen) eine Gelegenheit,

<sup>3)</sup> Vgl. National Journal, 20. 7. 1985, S. 1692—1693.



sich ihrem Image der „anti-defense“-Partei zu entledigen.

## 2. Weltraumtechnologie (SDI)

Auch auf dem Gebiet der Weltraumtechnologie sind die verteidigungspolitischen Initiativen der Reagan-Administration von Kontroversen begleitet. Im Mittelpunkt steht die vom Präsidenten im März 1983 überraschend verkündete „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI), mit der ein nichtnukleares, weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem in Aussicht gestellt wird, das die Zivilbevölkerung schützen und vielleicht sogar eines Tages Nuklearwaffen praktisch überflüssig machen könnte. Damit werden zum ersten Mal seit dem ABM-Vertrag Defensivwaffen wieder ernsthaft als Komponente der amerikanischen Verteidigungsstrategie erwogen.

Das gegenwärtig einzige formale strategische Rüstungskontrollabkommen gestattet die Errichtung von nur zwei (seit 1974 nur einer einzigen) Raketenabwehranlagen zu Lande und untersagt die Entwicklung und Dislozierung von weltraumgestützten ABM-Systemen — aber nicht ihre Erforschung. Bislang haben die USA auf eine Anlage, die vergleichbar dem sowjetischen ABM-Ring um Moskau ist, verzichtet. Über Jahre hinweg hielten sich die Forschungsarbeiten an ABM-Technologien in bescheidenem Rahmen. Das breitangelegte SDI-Programm signalisiert nun das Ende dieser Selbstbeschränkung. Unter der zentralen Kontrolle der im vorigen Jahr vom Pentagon eingerichteten „Strategic Defense Initiative Organization“ sollen konkrete wissenschaftliche Ergebnisse erarbeitet werden. Dabei stellt das Programm die Regierung längerfristig vor ein Dilemma: Um die politischen und finanziellen Konsequenzen einer massiven Investition in das Anti-Raketen-System tragen zu können, bedarf es der Zuversicht, daß dieses System einen effektiven Schutz bietet. Sicherheit darüber können letztendlich nur ausgiebige Erprobungen schaffen, die aber der ABM-Vertrag untersagt. So kann eigentlich nur die Verletzung dieses Vertrags Aufschluß darüber geben, ob SDI dessen Kündigung rechtfertigt oder nicht<sup>4)</sup>. Der Ausweg, auf den Reagan bereits hingewiesen hat, von dem Moskau aber nichts wissen will, ist eine gemeinsam formulierte Änderung des Vertrags mit dem Ziel, einen breiteren Spielraum für die Entwicklung und Aufstellung von Verteidigungssystemen zu schaffen.

SALT-Kritiker vom rechten republikanischen Flügel haben schon seit längerem die Entwicklung moderner land- und weltraumgestützter Defensivwaffen befürwortet und die Reagan-Administration wiederholt zur Kündigung des ABM-Vertrags aufgefordert. Der Präsident selbst verfiel die SDI als notwendige Ergänzung seiner Bemühungen zur nuklearen Rüstungskontrolle; bisher habe der Rüstungskontrolldialog den Amerikanern kein „Mehr“ an Sicherheit gebracht, außerdem sei Moskau auf dem Gebiet der Raketenabwehr äußerst aktiv. Deshalb wendet er sich auch entschieden gegen sowjetische Bemühungen, das als „lebenswichtig“ bezeichnete Forschungsprogramm am Verhandlungstisch zu blockieren oder zu begrenzen.

Je weiter man sich aber auf dem politischen Spektrum nach links begibt, desto heftiger wird diese Haltung kritisiert. Zwei Argumente stehen hierbei im Vordergrund: die Eskalation des Wettrüstens und, gleichsam als die andere Seite der Medaille, die Behinderung der Rüstungskontrolle. Auch hat der Präsident trotz seiner Popularität und seiner Vision einer Beendigung der nuklearen „balance of terror“ es bislang nicht vermocht, die breite Unterstützung der Bevölkerung für SDI zu gewinnen. Dies ist bemerkenswert, da es noch nicht so lange her ist, daß eine landesweit geführte Kampagne für einen atomaren Rüstungsstopp (freeze) in den USA zu der größten Anti-nuklear-Protéstwelle der Nachkriegszeit führte. Die öffentliche Meinung reagierte zudem sehr empfindlich, als 1982 bekannt wurde, daß es in der militärischen Gesamtplanung des Pentagon Eventualpläne für eine kontrollierte, zeitlich hinausgezogene nukleare Kriegführung gibt, mit dem Ziel, im Falle eines Versagens der Abschreckung auch aus einem Atomkrieg noch siegreich hervorzugehen. Die Mehrheit der Amerikaner glaubt nicht, daß in einem solchen Krieg der Schlagabtausch zwischen den Supermächten auf militärische Ziele begrenzt gehalten werden kann. Aber sie lehnt auch die Entwicklung von nichtnuklearen Raketenabwehrsystemen ab, insbesondere, wenn damit die Verletzung oder Kündigung des ABM-Vertrags verbunden wäre<sup>5)</sup>.

Vorbehalte von Rüstungsexperten gegenüber den Kosten und Erfolgsaussichten hinsichtlich eines weltraumgestützten Schutzschirms

<sup>4)</sup> Vgl. Richard K. Betts, Nuclear Weapons, in: Joseph S. Nye, Jr. (Hrsg.), The Making of America's Soviet Policy, New Haven (Yale University Press) 1984.

<sup>5)</sup> Vgl. zu SDI-Umfragen: Most Polled Disapprove of SDI, in: Washington Post, 14.8. 1985, S. A10, ebenso: Survey Indicates a Sharp Contrast in Views on Missile Defense Plan, in: The New York Times, 10. 1. 1985, S. A10.



vertiefen die Skepsis im Land und haben den Kongreß die Zuwachsraten des SDI-Budgets kürzen lassen. Das Weiße Haus hat versichern müssen, die Forschungsarbeiten konform mit dem ABM-Vertrag zu halten, die Anschaffung der Waffen nur dann ins Auge zu fassen, wenn sowohl deren Kosteneffektivität als auch Überlebensfähigkeit gewährleistet sind und die Verbündeten bei eventuellen Entwicklungs- und Dislozierungsentscheidungen zu konsultieren. Außerdem ist in Regierungskreisen von der Möglichkeit einer zunächst begrenzten Option der Raketenabwehr wie der Punktverteidigung von Raketen- und Kommandozentralen die Rede.

Dieser Vorschlag könnte sich als eine Brücke zwischen den Befürwortern und den Gegnern eines großangelegten Defensivsystems erweisen; doch die Suche nach innenpolitischen Kompromissen steht hier erst am Anfang. So scheinen sich die Ansichten von zwei so entgegengesetzten politischen Lagern wie der regierungsnahen Heritage Foundation und den gemäßigten demokratischen Kräften im Kongreß anzunähern, wenn der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus und SDI-Skeptiker, Les Aspin, kürzlich meinte, die Forschungsinitiative könnte Waffen hervorbringen, die zum Schutz von Raketenzentren (wie z. B. die MX) gegen einen sowjetischen Überraschungsangriff eingesetzt werden könnten — ein Hinweis, der auch im Empfehlungskatalog der Heritage Foundation für die zweite Amtsperiode der Reagan-Administration auftaucht<sup>6)</sup>. Dies schließt aber nicht aus, daß Reagan mit Druck auf Konzessionsbereitschaft bei den Genfer Verhandlungen in der Frage von SDI rechnen müssen, nachdem die Sowjets nun eine beträchtliche Reduzierung ihrer strategischen Offensivkapazitäten in Aussicht stellen, um der Realisierung dieses Programms a priori Grenzen zu setzen.

### 3. Antisatellitenwaffen (ASAT)

Neben dem SDI-Programm treibt die Administration die Entwicklung der ersten amerikanischen Antisatellitenwaffen (ASAT) voran, die noch innerhalb der zweiten Amtsperiode Reagans einsatzfähig sein sollen. Auch Carter hatte dieses Programm befürwortet, um der Gefährdung amerikanischer Satelliten durch

bereits vorhandene Satellitenkiller der anderen Seite zu begegnen. Im Gegensatz zu seiner Strategie, gleichzeitig Verhandlungen über ein Verbot dieser Waffen zu führen, hat sein Nachfolger es jedoch abgelehnt, die nach der sowjetischen Invasion von Afghanistan abgebrochenen Gespräche wieder aufzunehmen. In ihren Rüstungskontrollberichten an den Kongreß kommt die Administration zum Schluß, daß Verhandlungen über ein umfassendes ASAT-Verbot angesichts schwerwiegender Verifikationsprobleme sinnlos wären.

Moskau, das seit 1982 seine eigenen ASAT-Erprobungen ausgesetzt hat und nun die USA der Militarisierung des Weltraums bezichtigt, sowie Stimmen im eigenen Land, die eine Einstellung der angelaufenen amerikanischen Testflüge und statt dessen Rüstungskontrollverhandlungen fordern, wird entgegengehalten, man müsse zunächst einen sowjetischen Vorsprung auf diesem Gebiet aufholen. Demgegenüber wenden Kritiker ein, daß die amerikanische ASAT-Rakete, die von F-15-Flugzeugen abgefeuert wird, technologisch viel fortgeschrittener sei als das ältere und schwerfälligere System des Gegners. Da die USA für vielfältige Zwecke wie Datenübermittlung, Abkommensüberwachung und Befehlsabläufe im Kriegsfall von Satelliten viel abhängiger sind als die Sowjetunion, halten sie zumindest eine mit Moskau abgesprochene Begrenzung dieser Systeme für notwendig.

Der hauptsächlich vom demokratisch geführten Repräsentantenhaus ausgehende Rüstungskontrollpolitische Druck hat dazu beigetragen, daß die Entwicklungsarbeiten bereits in Verzug geraten sind. Im vergangenen Herbst beschloß der Kongreß ein sechsmonatiges Moratorium der Erprobung dieser Waffe gegen Objekte im Weltraum, solange Moskau auf seine Versuche verzichte. Damit fiel der erste, schon für November 1984 angesetzte ASAT-Test dieser Art aus. Seit dem Frühjahr darf das Pentagon eine begrenzte Anzahl von Erprobungen durchführen, sofern Reagan jeweils vorher u. a. seine Bemühungen um Verhandlungen über „the strictest possible limitation“ dieser Waffen bescheinigt.

Während liberale ASAT-Gegner mit der Eingliederung der Weltraumwaffen-Thematik in die Genfer Verhandlungsrunde auf eine Verständigung auch in der Frage von ASAT hoffen, räumt die Administration gerade vor diesem Hintergrund der Fortsetzung der Entwicklungsarbeiten höchste Priorität ein. Die politische Sensitivität hat das Weiße Haus nicht davon abgehalten, im September nun

<sup>6)</sup> Vgl. Stuart M. Butler/Michael Sanera/W. Bruce Weinrod (Hrsg.), *Mandate for Leadership II*, The Heritage Foundation, Washington, D.C., 1984; sowie: *A New Shade of Democrats is seen with Passage of House Arms Bill*, in: *The New York Times*, 30. 6. 1985, S. 18.



den ersten — erfolgreichen — Test der Waffe gegen ein künstliches Ziel im All durchzuführen, um den Sowjets, wie es u. a. heißt, einen „Anreiz“ für Anstrengungen am grünen Tisch

zu geben. Im Pentagon erwartet man, während der Erprobungen der ASAT-Technologie auch wichtige Erkenntnisse für die SDI sammeln zu können.

### III. Die Debatte über SALT

So umstritten das von Carter ausgehandelte SALT-II-Abkommen 1979 auch in Washington war, so kontrovers werden auch unter Reagan die mit den SALT-Verträgen verbundenen Vor- und Nachteile diskutiert. Trotz der von ihm betonten Mängel von SALT II hat Reagan sich für die Einhaltung dieses nichtratifizierten Abkommens entschieden, solange sich die Sowjets entsprechend verhielten. Enttäuschte Parteifreunde haben hingegen darauf geachtet, daß sich das Weiße Haus nicht ihren Forderungen entzieht, einen Schlußstrich unter die Politik der „Verdeckung sowjetischer Verletzungen von SALT“ zur Zeit Carters zu ziehen. Als vor zwei Jahren Berichte über die Konstruktion einer neuen Radaranlage in Zentralsibirien und die Entwicklung der Fernrakete SS-25 die Zweifel über die sowjetische Einhaltung der ABM- und SALT-II-Vereinbarungen schürten, leitete die Administration umfassende Nachforschungen in die Wege. Seitdem ist Moskau vom Weißen Haus der wahrscheinlichen oder tatsächlichen Verletzung praktisch aller existierenden Rüstungskontrollabkommen beschuldigt worden.

Normalerweise werden Dispute über vertragswidrige Aktivitäten der einen oder der anderen Seite in einer seit 1973 bestehenden bilateralen Kommission behandelt, die zweimal im Jahr in geheimer Sitzung tagt. Während sich dieses Forum unter Nixon, Ford und Carter als ausgesprochen dienlich zur Bewältigung aufkommender Differenzen erwies, scheint sich während der letzten Jahre dort wenig bewegt zu haben. Dafür macht sich unter den Exponenten des rechten republikanischen Flügels die Befürchtung breit, auch die derzeitige Regierung werde letztlich in eine Politik des „appeasement“ verfallen. Sie krei den Reagan die in ihren Augen widersprüchliche Haltung an, SALT II unter der Bedingung der Reziprozität einhalten zu wollen und trotz der vorhandenen Beweislast zuungunsten der Moskauer Vertragstreue nicht zu konkreten Gegenmaßnahmen überzugehen. Da sie im Senat eine Sperrminorität bilden, die im Prinzip eine Ratifizierung neuer Abkommen komplizieren oder gar zunichte machen könnte, kann das Weiße Haus ihre Kritik nicht einfach übergehen.

In den gemäßigten Lagern zeigt man sich wenig begeistert über die in die Öffentlichkeit getragenen Beschuldigungen an die Adresse des Kremls, weil damit der Rüstungskontrollprozeß in Mitleidenschaft gezogen werde. Aber selbst im liberalen Flügel der Demokraten ist die frühere Bereitschaft, ein gewisses Kontrollrisiko hinsichtlich der gegenseitigen Respektierung von Abkommen in Kauf zu nehmen, gesunken. So warnte eine Gruppe einflußreicher Demokraten des Repräsentantenhauses im März dieses Jahres Gorbatschow in einem Schreiben, daß umstrittene Rüstungsunternehmen — wie die sibirische Radaranlage — geklärt werden müßten, um den ABM-Vertrag lebensfähig zu halten oder Fortschritte in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle zu erzielen. Die eigene Regierung bleibt ermahnt, sich nicht zu ähnlichen Schritten oder gar zur völligen Aufgabe von Abkommen wie SALT II hinreißen zu lassen, die Reagan jüngst von Verteidigungsminister Weinberger empfohlen worden ist. Sie soll die Sowjets nun direkt am Genfer Verhandlungstisch zur Rechenschaft ziehen.

Einen grundsätzlichen Entschluß scheint der Präsident für seine zweite Amtsperiode gefaßt zu haben: sich politisch nicht zur längerfristigen Festlegung seiner SALT-Politik drängen zu lassen. Im Juni erklärte er sich bereit, eine „extra mile“ für die Rüstungskontrolle zu gehen und SALT II bis Ende dieses Jahres einzuhalten. Wenn das siebte Trident-U-Boot demnächst disloziert wird, werden ältere seegestützte Nuklearsysteme abgebaut, um die Obergrenzen für Mehrfachsprengköpfe nicht zu überschreiten. Während bei dieser hart umfochtenen Entscheidung das Außenministerium und die Rüstungskontroll-Lobby im Kongreß die Oberhand behalten haben, sind die SALT-Opponenten nicht gänzlich leer ausgegangen. Zum einen wurde das Pentagon mit einer Studie über alle möglichen Schritte beauftragt, die Washington im Falle anhaltender sowjetischer Vergehen gegen SALT II und andere Abkommen unternehmen könnte. Zum anderen behält sich das Weiße Haus ausdrücklich das Recht vor, angesichts des sowjetischen Baus einer zweiten neuen Interkontinentalrakete (SS-25) entgegen den Bestimmungen von SALT II ebenfalls



mit der MX und dem Midgetman zwei Rakentypen zu erstellen.

Hinter dieser Zeichensetzung steckt allerdings mehr als die warnende Mißbilligung der Vertragsauslegung der anderen Seite. Sollten die USA auch künftig SALT II strikt befolgen, ergäben sich nämlich Konflikte in ihrer strategischen Rüstungsplanung. Da mit der MX die einzige unter diesem Abkommen erlaubte neue Fernrakete zu Land schon getestet worden ist, würde das Midgetman-Projekt gegen dessen Bestimmungen verstoßen, wenn es (voraussichtlich 1988) in seine Erprobungsphase mündet. Zudem sind schon im kommenden Jahr mit der Dislozierung eines weiteren Trident-U-Bootes sowie der ersten MX-Raketen in alten Minuteman-Silos neue Debatten zu erwarten, ob tatsächlich Waffensysteme verschrottet werden sollen, um vertragliche Schranken einzuhalten.

Wenn gemäßigte Kräfte in und außerhalb der Administration die Vorteile von SALT II mit dem Argument unterstreichen, daß dessen

Bestimmungen den Sowjets zumindest Beschränkungen auferlege, und zudem stärkere als den USA, könnte der amerikanisch-sowjetische Streitpunkt SDI diese Position paradoxerweise untermauern. Denn ohne eine Bindung an dieses Abkommen könnte Moskau seine angedrohten Gegenmaßnahmen der massiven Aufrüstung im Falle einer uneingeschränkten Fortsetzung von SDI viel ungehemmter in die Tat umsetzen.

Die Reagan-Administration versucht den Sowjets in Genf gegenwärtig klarzumachen, daß ein solches Unterfangen unpraktisch wäre, da die USA bei der Anschaffung von Defensivwaffen in jedem Falle Systeme wählen würden, die überlebensfähig und kosteneffizienter wären als der Aufwand für ihre Überwindung durch zusätzliche Offensivwaffen. Sollte dieser Versuch jedoch mißlingen und die sowjetische Drohung in den USA ernst genommen werden, wäre wiederum dem amerikanischen Interesse an einer Aufrechterhaltung von SALT II neuer Auftrieb gegeben.



## Strategische Stabilität als Folge von Entspannungs- und kooperativer Sicherheitspolitik

*„Könnten wir völlig auf unsere Individualität verzichten und die Geschichte der kommenden Zeit etwa mit ebenso viel Ruhe und Unruhe betrachten, wie wir das Schauspiel der Natur, z.B. eines Seesturms vom festen Lande aus, mit ansehen, so würden wir vielleicht eines der größten Kapitel aus der Geschichte des Geistes bewußt miterleben.“<sup>1)</sup>*

### I. Unzulänglichkeiten und Vereinfachungen

Stabilität könnte auf den ersten Blick im allgemeinen politischen Raum als Begriff an sich dem wirtschaftlichen und währungsspezifischen Bereich zugeordnet werden. Stabilitäts-Anleihe oder Stabilitäts-Gesetz mögen als bekannte Synonyme genügen. Ergänzt man dagegen Stabilität durch das Adjektiv strategisch, wandelt sich der Charakter des Wortgebildes unvermittelt in einen vermehrt gebrauchten sicherheitspolitischen Terminus. Der Grund dafür ist sicherlich in der nach wie vor fast automatischen Assoziation — strategisch zu militärisch zu Sicherheit — anzunehmen. Auch ist zu beobachten, daß Strategische Stabilität und militärisches Gleichgewicht nicht selten als übereinstimmende Bezeichnungen eines zahlenmäßigen militärischen Kräfteverhältnisses herhalten müssen, welche die Parität an Waffenpotentialen aller Art anmahnen oder beweisen wollen — je nach sicherheitspolitischem Standort oder Verständnis.

Parallel und fortführend werden in Anlehnung an die genannten Vorstellungen zunehmende Forderungen nach einer — eher nebulös, formulierten und nicht näher definierten — Strategischen Stabilität in politische Absichtserklärungen aufgenommen. Eine durchaus notwendige klassifizierende Einordnung in eine überzuordnende Sicherheitspolitik und eine begriffliche Abgrenzung zu den möglicherweise gleichermaßen gültigen Dimensionen einer Sicherheitspolitik gelingen meist nicht oder werden nur verschwommen angesprochen und abgeleitet.

Es ist jedoch unsinnig und falsch zugleich, für einen sicherheitspolitischen Sachverhalt oder einen Aspekt eines wahrlich komplexen Gefüges von Verbindungen, Faktoren, Daten und Waffenmengen wechselweise zwei Begriffspaare zu nutzen. Gleichgewicht einer-

seits und Stabilität andererseits sind weder semantisch identisch noch sollten und dürfen sie in der Anwendung in der Sicherheitspolitik den gleichen Rang einnehmen, weder in der Beschreibung eines Sachverhaltes noch in der politischen Zielverfolgung.

Diese irrümliche Gleichsetzung hat aber vielerlei Ursachen: Sie finden sich in einer bekanntermaßen eiligen Dynamik der Sicherheitspolitik und in der mit ihr einhergehenden inflationären Begriffsentwicklung und -wandlung. Zudem gesellen sich eine Vielzahl von Lösungsansätzen und Programmen für globale wie regionale Probleme der verzwickten und facettenreichen sicherheitspolitischen Verhältnisse. Diese lassen sich nicht mehr nur auf ein ausschließliches und konfrontatives West-Ost-Verhältnis beschränken. Längst sind Ansätze und Verbindungen für eine Kooperation hinzugekommen. Des weiteren hat sich die weltweite Konstellation in ein pentagonales Verhältnis gewandelt, in dem nicht wenige und nicht zu Unrecht die wahren Komplikationen im Nord-Süd-Gefälle entdecken.

Einer solcherart gestalteten Vielfachverbindung ist nicht mit einer simplifizierten Politik des Gleichgewichts beizukommen. Sie verlangt vielmehr eine umfassende und weitestgehend alle sicherheitspolitischen Dimensionen einbeziehende Stabilitätspolitik.

Eine bedeutende und wesentliche Erweiterung erfährt dieser Beurteilungsansatz durch das nüchterne und notwendige Einbeziehen der Sicherheitsinteressen „auch des potentiellen Gegners“<sup>2)</sup>, das „das Nullsummenspiel —

<sup>2)</sup> Ausführlich definiert Erhard Forndran die Ziele und Probleme von Abschreckung und Stabilität, in: ders./Gert Krell (Hrsg.) unter Mitwirkung von Hans-Joachim Schmidt, Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, Baden-Baden 1984, S. 31f. Forndran vermeidet allerdings den Begriff Strategische Stabilität, weist aber auch auf die Verbindung von Stabilität und Rüstungskontrolle und auch auf die Abgrenzung zum Gleichgewichtdenken hin.

<sup>1)</sup> Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Berlin-Stuttgart 1910, S. 273.



Gewinne des einen sind identisch mit Verlusten des anderen — aufgeben“<sup>3)</sup> muß.

In dieser angedeuteten Verbindung von Sicherheitspolitik und (Strategischer) Stabilität läßt sich der Ansatz für eine Klärung des letztgenannten Politikbegriffes finden. Dazu soll in den folgenden Schritten die Skizze ei-

ner Sicherheitspolitik dienen; hinzugefügt werden die aus der Politik der Sicherheit ableitbaren Instrumente, eine Abgrenzung zur Politik des Gleichgewichtes und eine Forderung nach Aktivierung und Durchsetzung einer strategischen Stabilitätspolitik. In diesem Zusammenhang darf eine Warnung vor mißverstandener Stabilität nicht fehlen.

## II. Vorgaben durch eine umfassende Sicherheitspolitik

Will man politischer Stabilität oder der Strategischen Stabilität an sich näher kommen und sie zugleich in ihrem instrumentellen Wirkungsbereich kennzeichnen, so gewinnt die Ausformulierung einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik an besonderem Gewicht. Dies soll heißen: Das Vorhandensein zweier gegnerischer Machtblöcke mit unterschiedlichem Verständnis von politischen Werten und Normen, von Ideologien, von Wirtschaftsstrukturen sowie von Gesellschaftsmaximen und Individual- und Freiheitsbegriffen erfordert zwischen den Vormächten der jeweiligen Allianzen wie auch den Blöcken selbst weltweit und insbesondere in Europa eine Politik, die nicht mehr nach dem alten Muster einer „balance of power“ regulierbar ist. Zählt man zwei weitere und wesentliche Merkmale dieses zwischenstaatlichen Gefüges hinzu, nämlich einerseits die vornehmlich und ursprünglich militärische Ausrichtung und Dominanz der Verträge — hier NATO, da Warschauer Pakt — und andererseits die Stimmungen in den einzelnen Vertragsländern, erhält man zugleich die Dimensionen und Wirkungsfelder einer breit anzulegenden Sicherheitspolitik.

Denn soll Sicherheitspolitik nicht einseitig als nur militärisches Aktions- und Reaktionsprogramm mißverstanden werden und somit unzeitgemäß, ineffizient und schließlich untauglich sein, bedarf sie, entsprechend den zuvor skizzierten Aktionsfeldern, einer mehrschichtigen Politik der Sicherheit.

Demnach sollte die westliche Sicherheitspolitik sich zumindest aus fünf Dimensionen zusammensetzen. Es sind dies die

- politische (außen- wie innenpolitische) Dimension,
  - wirtschaftliche Dimension,
  - militärische Dimension,
  - gesellschaftliche Dimension und
  - psychologische Dimension
- einer nationalen oder Bündnispolitik.

Es wäre der Sicherheitspolitik in keiner Weise zuträglich, würde der eine oder andere Aspekt die übrigen dominieren und allein oder im Verbund mit einem anderen die übrigen in der Denk- und Handlungsweise der verantwortlichen Politik überwiegen. Dies wäre zum Beispiel im hohen Maße schadhaft, wenn militärische Gesichtspunkte, entstanden aus militärstrategischen und -operativen Überlegungen und Lagebeurteilungen, das politische und wirtschaftliche Handlungskonzept einseitig bestimmen würden. Die Geschichte ist voll von Beispielen derartiger Mißverhältnisse. Andererseits wäre es absurd, zum Beispiel nur nach ökonomisch ausgerichteten Abläufen mit gewinnträchtigen Bilanzen Sicherheitspolitik bestimmen zu lassen. Derartige Konstellationen ließen sich fortsetzen bis hin zur Aufgabe jedweder eigenständigen Selbstbehauptung, um Konfrontationen um jeden Preis zu vermeiden.

Nicht zuletzt kann und muß die Gleichrangigkeit der angeführten Dimensionen auch Eingang finden in die gemeinsame Sicherheitspolitik des Bündnisses, dem der Staat angehört, von dem dieses beschriebene Verständnis von Sicherheitspolitik verlangt wird.

Es bleibt ferner fehlerhaft und erfolglos, wenn zwar das einzelne Mitglied ein offenes sicherheitspolitisches System verfolgt oder durchsetzen will, diese Absicht aber bereits ihre Grenzen in der Umsetzung im eigenen Lager findet. An dieser Stelle scheint der geeignete Zeitpunkt, die eher allgemein und theoretisch gehaltene Forderung umzusetzen auf die herrschenden realen Bedingungen. Denn Sicherheitspolitik und Strategische Stabilität sollen in dieser Ausarbeitung im wesentlichen an den konkreten Verhältnissen gemessen und in Forderungen ausgeweitet werden.

An einem weiteren Anspruch an heutige Sicherheitspolitik des Westens und insbesondere in Europa wird die Notwendigkeit des Bezugs zur Realität schließlich deutlich. Wie eingangs zitiert, sind die Sicherheitsinteressen des Gegenüber für die Ziele und Maßnahmen der eigenen Sicherheitspolitik von her-

<sup>3)</sup> Ebd.



vorrangender Wichtigkeit. Dies gilt in nicht zu verkennender Weise speziell unter den derzeit und wahrscheinlich noch in mittlerer Zukunft wirkenden Verbindungen zwischen West und Ost. Die Sicherheit des westlichen Lagers ist schlichtweg ohne die Sicherheit des östlichen und die Akzeptanz derselben durch den Westen nicht mehr denkbar — *und umgekehrt!*

Die politischen und wirtschaftlichen gegenseitigen Abhängigkeiten, die militärischen Potentiale mit ihren zur Apokalypse nutzbaren Fähigkeiten und Optionen wie die beiderseits als besonders schützenswert empfundenen Bevölkerungen und Gesellschaftsstrukturen lassen bei nüchterner Betrachtung und im Sinne einer Überlebensnotwendigkeit gar keine andere Politik als die der gegenseitigen Respektierung zu.

Allgemeine politische Konfrontation ist demnach nur begrenzt möglich und gestattet. Soll sie nicht ausufern in militärische Konflikte und deren weltweite Eskalation, heißt die Lösungsformel nur *Kooperation* und Fähigkeit zur *Entspannung*.

In den herrschenden Konstellationen zwischen West und Ost und innerhalb der jeweiligen Allianzen läßt sich von einem einzelnen Staat die Durchsetzung einer derartigen Sicherheitspolitik nicht denken. Weder ist eine Anerkennung im eigenen Lager erreichbar, wenn sie nicht gemeinsam als richtig erkannt wird, noch würde sie zur notwendigerweise zu erhaltenden Stabilität beitragen. Noch viel weniger würde sie auf Gegenliebe stoßen, wenn beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland sie im Alleingang versuchen

würde. Sie kann nur im Einklang mit den Bündnispartnern gelingen. Das bedarf der Abstimmung, aber auch des selbstbewußten Einbringens und Durchsetzens nationaler Sicherheitsinteressen.

Im Zusammenhang mit den Bündnismaßstäben einer Sicherheitspolitik gesehen — erweitert durch den Sachverhalt, daß Sicherheit nur im Verhältnis, in Korrespondenz mit der Sicherheit des Gegenüber verstanden und erhalten werden kann —, ist eine Politik der *Sicherheitspartnerschaft* nur die schlüssige und verantwortungsgerechte Formel für ein friedlicheres und *sichereres* Zusammenleben zwischen West und Ost — ohne einseitige Aufgabe eigener Interessen und Absichten.

Das Ziel einer solcherart definierten Sicherheitspolitik heißt dann zwangsläufig: *Strategische Stabilität*. Sie bedarf im folgenden der näheren Erläuterung. Hinzuzufügen sind des weiteren die Instrumente, welche diese Strategische Stabilität erreichen und ihren Bestand garantieren lassen.

In dem bisher geschilderten Aktions- und Reaktions-Fünfeck und mit den gewachsenen Implikationen zwischen den Bündnissen wie innerhalb der NATO wirkt Sicherheitspolitik glaubhaft und glaubwürdig gegenüber den eigenen Mitgliedstaaten und kann auch akzeptiert werden vom Gegenüber. Unklar ist dagegen — weil unterschiedlich verstanden —, wie umfangreich Strategische Stabilität angelegt sein muß und wie weit militärische Orientierungspunkte hinsichtlich eines Gleichgewichts und der strategischen wie operativen Fähigkeiten und Optionen dominant sind oder sein müssen.

### III. Mehrdimensionalität der Strategischen Stabilität

In Verfolg dieser Sicherheitspolitik ist zum einen anzunehmen, daß Strategische Stabilität kaum nur auf einer Ebene politischer Aktivität darstellbar ist und zum anderen auch nicht nur geschlossen in einer Bilanz mehrerer, den fünf Dimensionen der Sicherheitspolitik entsprechend, zu verstehen ist. Vielmehr scheint es politisch plausibel, wenn Strategische Stabilität sich als Summe von Stabilitäten eben dieser separat zu beurteilenden Aktions- und Reaktionsfelder unterschiedlicher Gewichtung versteht *und* parallel dazu auch als ausbalanciertes Verhältnis dieser Ebenen untereinander im Kontrast zu dem Gegenüber, auf den die Sicherheitspolitik gerichtet ist.

Umgemünzt auf die aktuell herrschende Situation im Westen und dessen Politik gegenüber dem Osten heißt das: Strategische Stabi-

lität zwischen West und Ost besteht dann, wenn es der Sicherheitspolitik des Westens insgesamt gelingt oder gelungen ist, politisch, wirtschaftlich, militärisch, gesellschaftlich und psychologisch ein austariertes Verhältnis im Nebeneinander herzustellen, das weder der einen noch der anderen Seite ein dominierendes und permanentes Übergewicht gestattet. Desgleichen herrscht Strategische Stabilität, wenn es ebenfalls vermieden wird, diese Balance im Bereich einer der genannten Dimensionen auf Dauer einseitig zu kippen. Sonst besteht die unmittelbare Gefahr, daß diese Nicht-Balance auf die eine oder andere Ebene übergreift oder so stark genutzt wird, daß sie von der anderen Seite nicht in einem ausreichenden Maß ausgeglichen werden kann oder aber durch Überkompensation — wo auch immer — zu beheben versucht wird,



was wiederum Instabilität insgesamt mit sich brächte.

Am sinnfälligsten läßt sich die Gefahr einer solchen Ebene am Beispiel der militärischen Stabilität kurz erläutern: Militärische Destabilität kann — im krassen Maße vorhanden — auswuchern, die übrigen Stabilitätsebenen beeinflussen und wirtschaftliche wie gesellschaftliche oder politische und psychologische Ungleichgewichte schaffen, die dazu führen können, daß es zu einer breitangelegten Deformierung dieses kunstvollen Gebildes kommt und letztlich einmündet in Konfrontation mit militärischen Mitteln.

Der Ursprung einer derartigen strategischen Nicht-Stabilität kann ihren Ansatz in einseitig gesuchter Vorteilnahme des einen oder des anderen Bündnisses, einer der jeweiligen Vor-Mächte oder eines Staates oder mehrerer Staaten haben. Ungeachtet der verschiedenen Gefährdungen und ihrer vielfältigen Ursachen muß aber auch zugegeben werden, daß Disparitäten auf den einzelnen Stabilitätsebenen zulässig sind, ja, realistischerweise geradezu lebensnotwendig sind, um eine Strategische Stabilität überhaupt funktionsfähig zu erhalten.

Durch die vorgegebenen unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen, Wirtschaftskräfte, militärischen Potentiale, Fähigkeiten und den sich daraus ableitenden Optionen, ferner das Politik-Verständnis und die psychologische Situation ergeben sich „naturbedingt“ von vornherein differenzierende Verhältnisse. Sie unterliegen zusätzlichen kurz-, mittel- und langfristigen Einflüssen und Programmen, auch Ereignissen oder radikalen Einschnitten und unvorhersehbaren Wandlungen. All diese Faktoren können temporäre und/oder partielle Ungleichgewichte, Stabilitätsverschiebungen nach sich ziehen. Und doch müssen sie nicht zwangsläufig zu einer umfassenden Destabilität führen. Nicht einmal innerhalb der möglicherweise betroffenen Dimension muß es zwangsläufig zu einem gefährdenden Stabilitätsverlust kommen. Wiederum, am Beispiel militärischer Stabilität nachgewiesen, heißt das: Ein zahlenmäßiges Übergewicht der WP-Streitkräfte in Europa bedeutet weder eine militärische Destabilität insgesamt, da Optionen und Fähigkeiten zwischen NATO und Warschauer Pakt sich die Waage halten und die Waffenarsenale weltweit Parität aufweisen. Auch ein langsames und kontrolliertes wie kontrollierbares Sich-Neigen der militärischen Waagschale bedeutet noch nicht zwangsläufig und unmittelbar Gefahr. Solange die anderen vier Aktionsfelder die Möglichkeit zum Ausgleich in sich bergen,

kann kompensiert werden. Erst ein plötzliches Ansteigen des militärischen Gewichts brächte Gefahr.

Dieses Bild wieder verlassend, kann man resümieren, daß Strategische Stabilität ein Ergebnis einer Sicherheitspolitik mit fünf vorrangigen Ebenen ist, die wiederum mehrere Tätigkeitsbereiche aufweisen. Vergleichbar mit einem Spiel und in ungewollter Anlehnung an einen geschichtlichen Begriff aus der Zeit des Zweiten Deutschen Reiches heißt das: Sicherheitspolitik ist das nüchterne und kalkulierte wie kalkulierbare Ausbalancieren von fünf Bällen, die in sich wiederum Kugeln mit verschiedenen Gewichten und somit die Fähigkeit zur Gewichtsverlagerung tragen.

Folgt man diesem Versuch einer Definition, bleibt zu untersuchen, inwieweit die Strategische Stabilität von welchen der Aktionsfelder stärker und von welchen minder abhängig ist. Denn unzweifelhaft scheint zu sein, daß politische Kraft und Potenz vornehmlich abhängig sind von wirtschaftlichen und militärischen Potentialen. Dafür spricht einerseits, daß sie in gewisser Weise meßbar sind: Wirtschaftliche Kraft läßt sich entsprechend internationaler Vorgaben bilanzieren; militärische Potentiale können in ihrer Quantität und einigermaßen in ihrem technischen Standard verglichen werden. Gesellschaftliche Strukturen und psychologische Stimmungen hingegen können zwar beurteilt werden, sie unterliegen aber Schwankungen und Einflüssen, die in ihrer Aussagekraft nicht definitiv meßbar sind.

Darüber hinaus werden Kritiker sofort einwenden wollen: Die bestfunktionierende Gesellschaftsstruktur unterliegt fremder militärischer Macht, so sie denn der eigenen überlegen ist, die zum Schutz eben dieser Gesellschaft zur Verfügung steht. Und doch findet man genügend Beispiele in der Geschichte, die belegen, daß überlegene militärische und wirtschaftliche Potentiale einen weit unterlegenen Gegner nicht bezwingen konnten, da das jeweilige gesellschaftliche System und seine psychologische Kraft schließlich in einem langwierigen Prozeß sich durchsetzen konnten<sup>4)</sup>.

<sup>4)</sup> Die vielfältigen Faktoren von Krisen und Kriegen, ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen wie die psychologischen und gesellschaftlichen Einflußgrößen hat André Beaufre in seinem Buch: Die Revolutionierung des Kriegsbildes. Neue Formen der Gewaltanwendung, Stuttgart 1975<sup>2</sup>, in ausführlicher und treffender Weise dargelegt. Diese Arbeit kann als eine der klassischen Texte zum Verständnis von Kriegführungsmodellen angesehen werden. Sie beweist u. a., daß militärische Vorherrschaft nicht ausreicht, um langfristig Machtansprüche mittels Streitkräften durchzusetzen.



Dennoch bleibt die Tatsache, daß unparitätische Verhältnisse, also eine nichtvorhandene Strategische Stabilität, zu einer Konfrontation geführt, besser gesagt: verführt haben. Und Ziel einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik ist es doch, Strategische Stabilität zu erreichen, zu halten und zu gewähren, um eben eine Konfrontation und einen Krieg zu vermeiden.

An der herrschenden internationalen Konstellation zwischen West und Ost deutlich gemacht, heißt das: Entspannung bleibt das unverzichtbare Ziel zum Ausgleich und zum Miteinander-leben-können zwischen zwei unterschiedlichen politischen Systemen. Entspannung kann aber nur gelingen, wenn sie von einer Sicherheitspolitik getragen wird, die auf den fünf bekannten Ebenen Stabilität anstrebt. Strategische Stabilität schließlich gelingt nur im Gleichklang dieser Bestimmungsfaktoren, verlangt einen permanenten dynamischen gegenseitigen Austausch der Gewichte und zwingt dazu, daß in Friedenszeiten und zur Vermeidung von Krisen oder Destabilitäten meß- und kontrollierbare Einflußgrößen wie politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht als maßgebend zur Feststellung der Stabilitätssituation herangezogen werden.

Helmut Schmidt ist es in treffender Weise gelungen — lange bevor Sicherheitspolitik so deutlich im öffentlichen, aber auch im politischen Mittelpunkt des Interesses stand —, dieses Verhältnis von Sicherheitspolitik und strategischer Stabilität darzulegen. Auch wenn er seinen Ansatz mit „Strategie des Gleichgewichts“<sup>5)</sup> überschreibt, versteht er

Strategie als einen „Komplex von teils gleichzeitigen, teils einander folgenden politischen Entscheidungen, die insgesamt das gesetzte politische Ziel mittels eines zusammenhängenden Planes verfolgen; ... sie bezieht gewiß alle Möglichkeiten ein, die daraus erwachsen, daß Staaten militärische Machtmittel anwenden können; aber sie bezieht ebenso deren ökonomische, soziale und psychologische Möglichkeiten ein“<sup>6)</sup>.

Übertragen in eine eher formelhafte Sprache, die dessenungeachtet aber gleichzeitig den Weg weist zu den Anforderungen und Fähigkeitsfeldern zur Erreichung und Festigung der Strategischen Stabilität, bietet das „Lexikon zur Sicherheitspolitik“ von Ernst Lutz unter anderem eine Definition an. Danach ist Strategische Stabilität: „ein von der technologischen Entwicklung, aber auch außenpolitischen, wirtschaftlichen, demographischen und anderen Faktoren beeinflusster dynamischer internationaler Zustand politisch-militärischer Sicherheit“<sup>7)</sup>.

Lutz konzentriert sich des weiteren dann auf den militärischen Aspekt<sup>8)</sup> und erhält dadurch einen engeren Aktionsspielraum für die Strategische Stabilität, als er bisher in diesen Ausführungen zugestanden wird.

Dieser nach dem hier zu erklären versuchten Verständnis von Strategischer Stabilität als Verkürzung oder Verengung zu betrachtende Ansatz steht erstens nicht allein und wird zweitens verständlicher, wenn im folgenden die gewählten und bewußten Begrenzungen von Strategischer Stabilität im bisherigen Gebrauch vorgestellt werden.

#### IV. Strategische Stabilität in der sicherheitspolitischen Praxis

In einem in mehreren Folgen veröffentlichten „Sicherheitspolitischen Glossar“<sup>9)</sup> definieren drei Autoren Strategische Stabilität als ein Resultat, das „dann gegeben (ist), wenn die

strategischen defensiven Optionen der einen Seite die strategischen offensiven Optionen der anderen Seite ausgleichen oder doch zumindest die Risiken des potentiellen Aggres-

<sup>5)</sup> Helmut Schmidts Arbeit — Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969 — ist in Fortsetzung seiner für deutsche Verhältnisse bahnbrechenden sicherheitspolitischen Ausarbeitung: Verteidigung und Vergeltung, Stuttgart 1961, eine unverändert wichtige Darstellung notwendigen sicherheitspolitischen Denkens und Handelns in Europa, die vielerlei Anleitungshinweise anbietet. Nur sollte sich der Leser hüten, die Begriffe ohne weitere Prüfung zu übernehmen, will er in der heutigen Diskussion Mißverständnisse vermeiden.

<sup>6)</sup> Ebd., S. 16. Zu berücksichtigen ist, daß Schmidt diese Definition gebraucht für die „Strategie des Gleichgewichts“. Wobei er Gleichgewicht mehr als gleichgewichtige Maßnahmen versteht, denn als zahlenmäßige Parität.

<sup>7)</sup> Siehe ausführlich, und eine weitere Definition von Wolf Graf von Baudissin zur Strategischen Stabilität anführend (näheres im Abschnitt V), bei Ernst Lutz, Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 251 f.

<sup>8)</sup> Lutz beschränkt sich in den folgenden Ausführungen zu sehr auf den militärischen Aspekt einer Strategischen Stabilität, weist aber zugleich auf einen wesentlichen instrumentellen Bestandteil derselben hin, wenn er ihre Funktion als Regelebene vor Krisensituationen klassifiziert. Er folgt dabei vornehmlich Baudissinschem Verständnis, das im Abschnitt V. noch näher betrachtet werden soll.

<sup>9)</sup> Siehe die Ergänzungsfolge zum sicherheitspolitischen Glossar von O. Buchbender/H. Bühl/H. Quaden, in: Europäische Wehrkunde, (1985) 6, S. 341.



sors so hoch ansetzen, daß die Abschreckung wirksam bleibt<sup>10)</sup>.

Abgesehen von dem Versuch um eine allgemeine Beschreibung wird deutlich, daß hier Strategische Stabilität als ausschließlich einseitiges Bemühen um Parität von Waffenpotentialen und den daraus resultierenden Optionen in militär-strategischer Absicht verstanden wird und als im Sinne einer Politik oder Strategie — ob das eine oder andere gemeint ist, wird nicht deutlich — der Abschreckung einzuordnen ist. Zudem kann hier Strategische Stabilität nur aus der Warte der NATO erkannt werden, ohne Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen des Gegenüber. Diese Definition läuft einem umfassenden Verständnis von Strategischer Stabilität zuwider und bedeutet im Grunde nichts anderes als die Gleichstellung von Stabilität mit Gleichgewichtsstreben, hier beschränkt auf die Ebene der nuklear-strategischen Waffen. Ein Gleichgewicht der Potentiale wie der Fähigkeiten und Optionen muß aber in der herrschenden Vielgestaltigkeit der in West und Ost verfügbaren Mittel, der deklarierten Doktrin wie entwickelten Militärstrategien fast als anachronistisch angesehen werden. Derartiges Denken hat seinen Ursprung in der in den sechziger Jahren entstandenen und über die SALT-Prozesse hinaus entwickelten Verhältnisse von strategischen Waffenpotentialen nuklearen Charakters, der damit einhergehenden politisch-militärischen Doktrin sowie den nuklear-strategischen Optionen und Fähigkeitsentwicklungen, aber auch in den unverändert aktuellen Diskussionen um operative Konzepte des Westens und des Ostens und ihrer — vornehmlich auf europäische Bedingungen bezogenen — Einsatzgrundsätze<sup>11)</sup>.

Derartige Ansätze greifen aber zu kurz, da sie nicht nur die umfassend angelegten Ziele der bisher definierten Strategischen Stabilität erreichen, sondern auch ungeeignet sind, den Anforderungen einer effizienten Sicherheitspolitik zu entsprechen, die detailliertere wie komplexere Wirkungsbereiche einzubeziehen haben. Sie beschränken sich — unbewußt oder weil sie die militärische Komponente als vorrangig gültig oder allein maßgebend betrachten — auf ein ausschließliches Gleichgewichtsdenken und -streben.

Verfolgt man aber diesen militärischen Maßstab von Strategischer Stabilität weiter, so gelangt man zwangsläufig in eine militärisch dominierte Sicherheitspolitik, die Stabilität nur in der Parität von Potentialen, Waffenarten sowie in Fähigkeiten und Optionen der daraus zu entwickelnden Defensiv-Anstrengung erkennen mag und will. Nicht nur, daß dieses — wie die Erfahrung zeigt — keine Garantie für Stabilität ergibt, birgt es des weiteren auch die Gefahr der militärischen Dominanz in einem sicherheitspolitischen Prozeß, der den Blick auf militärische Bestimmungsfaktoren verengt und die übrigen Wirkungsmöglichkeiten verkennt, unterschlägt und somit zwangsläufig zu Fehlbeurteilungen und schließlich zum internen Ringen um Vorherrschaft und der externen Sucht nach Destabilitäten mit eigenen Vorteilen verführt<sup>12)</sup>.

Dieses ist nicht nur als Gefahr auf der einen Bündnisseite, sondern gleichermaßen auch auf der anderen Seite erkennbar. Vermeintliche Unterlegenheiten auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Sektor scheinen beiderseits immer am leichtesten durch Aufrüstung im militärischen Bereich kompensierbar. Gleichgewichtsdenken, weil — wie angemerkt — meßbar, muß erhalten zum Ausgleich von vermeintlichen Unterlegenheiten.

Auch aus diesem Grund wirkt Schmidts ehemals richtig angesetzte Formel der „Strategie des Gleichgewichts“ heute sprachlich obsolet. Die Gesamtentwicklung der das Ost-West-Verhältnis bestimmenden Politikfelder erfordert neue Prozesse, die in zeitgemäßen Formeln zu fassen sind. Dabei kann „Strategische Stabilität“ nicht einfach ein neues Kleid für eine alte Militärpolitik sein, sondern beansprucht ebenso einen treffenden Kern.

Deshalb ist es wirkungsvoll, einem anderen Ansatz zu folgen, der sich im Zusammenhang mit dem Konzept der Kooperativen Rüstungssteuerung (KRSt) finden läßt und eine breitere Palette der sicherheitspolitischen Wirkungsmöglichkeiten anbietet. Inwieweit er ausreicht und der heutigen wie der zukünftigen sicherheitspolitischen Praxis genügen kann, muß einer Klärung im nächsten Abschnitt vorbehalten sein. Zunächst jedoch läßt sich

<sup>12)</sup> Auf die Gefahren eines solchen Politik- und Handlungsverständnisses weist Hartmut Bühl hin, wenn er in seinem Beitrag „Prämissen für eine erfolgsorientierte Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik“ ausführt: „Gleichgewicht kann deshalb nicht Selbstzweck sein, sondern ist Mittel, Stabilität zu schaffen.“, in: O. Buchbender/H. Bühl/H. Quaden, Sicherheit und Frieden, Herford 1983, S. 275.

<sup>10)</sup> Ebd.

<sup>11)</sup> Zu dem gleichgewichtsorientierten Begriff „Strategische Stabilität“ siehe u.a. ausführlich Klaus-Dieter Schwarz, Amerikanische Militärstrategie 1945—1978, in: ders. (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef 1978<sup>3</sup>, S. 345—372.



der praktische Bezug der Strategischen Stabilität zur geltenden Sicherheitspolitik in einem Programmwurf von Wolf Graf von Baudissin weiterentwickeln. In mehreren Beiträgen, beginnend 1977, und des weiteren zusammen mit seinem Co-Autor Dieter S. Lutz, 1980/81, werden die Grundmuster einer breiter als zuvor beschrieben angelegten Strategischen Stabilität aufgezeichnet.

Baudissin, der Sicherheitspolitik als die Strategie der Entspannungspolitik begreift, erkennt als ihr Ziel, „strategische Stabilität zu erzeugen, zu erhalten, zu optimieren und zu institutionalisieren“<sup>13)</sup>.

Zusätzlich werden die vornehmlich militärstrategischen Bedingungen einer Strategischen Stabilität erläutert, welche „steht und fällt mit der Erkenntnis, daß das militärische Kräfteverhältnis jeden Versuch einer einseitigen Konfliktregelung mit militärischen Mitteln verbietet — ob diese nun direkt oder indirekt eingesetzt werden ... Eigene Sicherheit ist nicht mehr auf Kosten der Sicherheit anderer zu erhöhen.“<sup>14)</sup>

Demnach hat Strategische Stabilität derzeit eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, besser gesagt: Sicherheitspolitik heute muß eine Palette von Aktionsfeldern gleichzeitig bearbeiten, um Strategische Stabilität zu gewährleisten. Das sind:

- eine Politik und Militärstrategie der Kriegsverhütung/-verhinderung,
- eine phasengesteuerte politische Anstrengung zur Kriegsverminderung,
- eine Suche nach Ausschlußmechanismen von allgemeinen Kriegen und
- eine institutionalisierte Politik der Verminderung, Reduzierung und Eindämmung von begrenzten Kriegen und Kriegen durch Zufall.

Wesentliches Ziel ist eine friedliche Regelung von Konflikten. Dazu muß die Politik der Strategischen Stabilität mit Instrumenten ausgestattet werden, die als fester Baustein in nationale und internationale Regulierungsebenen aufgenommen werden müssen und nicht nur „im Falle eines Falles“ Platz greifen.

Diese Maßnahmen zur Krisenbewältigung sollten umfassen:

— eine Präventive Kooperative Rüstungssteuerung (PKRSt)<sup>15)</sup>, die Rüstungsmaßnahmen bereits in der Planungsphase kontrolliert und steuert und so einseitige Aktionen mit dynamisierendem Charakter verhindern hilft;

— eine allgemeine Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt), die Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) und wirkungsvolle Verifikationsmechanismen einschließt;

— ein nationales und internationales und anerkanntes Procedere eines Krisenmanagements, das rechtzeitig und wirkungsvoll greift und den Konfliktausbruch verhindern hilft.

Zusammengefaßt ergibt dieser Katalog, daß Strategische Stabilität nicht Parität im militärischen Kräftevergleich voraussetzt. Das Prinzip der Hinlänglichkeit (sufficiency) ist das militärische Grundmuster der Strategischen Stabilität. Mögliche Folgen können beiderseitige Verminderungen von Rüstungsausgaben sein. Das bedeutet einen wichtigen Schritt hin zur Verringerung von politischer Unsicherheit in der europäischen Ordnung — mit Modellcharakter für andere Regionen und mit möglicher globaler Auswirkung.

Maßgebend ist die ständige Berücksichtigung der die Strategische Stabilität bestimmenden Interdependenz zur Außen- und Innenpolitik, den wirtschaftlichen Prozessen, der militärischen Komponente und den gesellschaftlichen Entwicklungen wie den darin herrschenden psychologischen Grundströmungen.

Diese zuletzt genannten Mitfaktoren neben der militärischen Komponente der Strategischen Stabilität sind derzeit nicht ausgeprägt genug als Handlungsinstrumente zur Erreichung der Strategischen Stabilität in der politischen Praxis wie auch in der Wahrnehmung derselben. Doch läßt sich speziell an den drei vorrangig genannten Maßnahmen zur Krisenbewältigung die Verknüpfung der Dimensionen der Sicherheitspolitik zum Erhalt der Strategischen Stabilität festmachen.

Auf allen drei Ebenen, ferner der vorbeugenden wie der allgemeinen Kooperativen Rüstungssteuerung und anhand eines Krisenmanagements werden die Implikationen und Einflüsse der Aspekte neben der militäri-

<sup>13)</sup> Siehe ausführlich Wolf Graf von Baudissin, Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß, in: Annemarie Große-Jütte/Rüdiger Jütte (Hrsg.), Entspannung ohne Frieden. Versäumnisse europäischer Politik, Frankfurt 1977, S. 242—268.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 247.

<sup>15)</sup> Eingehend beschäftigt sich Wolf Graf von Baudissin mit dem Begriff der präventiven Kooperativen Rüstungssteuerung (PKRSt) in seinem Beitrag „Thesen zur Präventiven Kooperativen Rüstungssteuerung (PKRSt)“ zur Vermittlungstagung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) vom 23. bis 24. 4. 1982 (Manuskript).



schen Komponente deutlich. Rüstungssteuerung ist letztlich ein tatsächlicher politischer Prozeß, der den militärischen Anteil überdecken muß. Vertrauensbildende Maßnahmen und Kontrolle lassen sich nur in gegenseitiger politischer Akzeptanz durchsetzen. Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen und psychologischen Bereitschaft und eines Rückhalts. Die wirtschaftliche Seite wird immer dann sichtbar, wenn die Rüstungsumfänge, -entwicklungen und -vorhaben, wie auch umgekehrt deren Begrenzung, ins politische Spiel kommen.

Strategische Stabilität weist also zwangsläufig das Zusammenspiel der fünf Dominanten auf, auch wenn — wie es bisher den Anschein hatte — der militärische Komplex ein Übergewicht hatte. Dieser Eindruck ist insofern nicht falsch, als die Gefährlichkeit, destabilisiert zu werden, vorrangig im militärischen Verhältnis zwischen West und Ost zu finden ist, in dem Streben nach verbesserten Mitteln, Optionen und Fähigkeiten. Nur muß ebenfalls zuerkannt werden, daß die wirtschaftlichen und politischen Aspekte von der verantwortlichen Politik nicht immer in ausreichendem Maß als Ausgleichs- und Harmonisierungsmittel in der Praxis erkannt, geschweige denn genutzt wurden.

In welcher Form dieses zum gegenseitigen Nutzen möglich wäre und als entwicklungsfähig angesehen werden kann, zeigt der KSZE-Prozeß mit dem Anschlußteil KVAE. Die in den bisherigen Verhandlungen und im derzeitigen Ablauf erkennbaren Verwicklungen und Lösungsmodelle zum gegenseitigen Nutzen und Gebrauch auf wirtschaftlichem, gesellschaftspolitischem und militärischem Gebiet geben Anlaß zu einem positiven Verständnis von Strategischer Stabilität. Auch wenn die KSZE-Vereinbarungen von Helsinki 1975 keinen völkerrechtlich bindenden Charakter haben, sind die politischen Nutzbarstellungen und Wirkungsmöglichkeiten nicht

übersehbar. Doch dürfen sie insgesamt nur als erste Ansätze bewertet werden, die beileibe nicht ausreichen, das komplexe Terrain der Strategischen Stabilität zu „managen“.

Um wieviel unübersichtlicher, wirkungsbreiter und gefährlicher aber wird das sicherheitspolitische Tätigkeitsfeld, wenn an die übrigen unbewältigten Aufgaben wie START-, INF- und Weltraumwaffen-Verhandlungen in Genf erinnert wird (1), wenn angefügt wird der Hinweis auf eine wachsende Disparität zwischen Nord und Süd im ökonomischen Sinne einerseits und bezüglich des Gesamtbevölkerungsanteils andererseits. Schließlich sei an die nicht zu unterschätzende Gefahr durch Ideologisierung jedweder Spielart erinnert, die ohne Zweifel immer nur zu gewalttätigen Machtausbreitungen herhalten muß.

Soll nun zu diesem gespannten, ständig labilen Verhältnis zwischen Bündnissen und einzelnen Staaten eine Leitformel und Handlungsanweisung für die Politik gefunden werden, so könnte die Weiterentwicklung der Baudissin-Definition durch Varianten des gleichen Autors und von Dieter S. Lutz eine entsprechende Hilfestellung bieten: „In diesem Rahmen versteht man unter Strategischer Stabilität ein Gesamt-Kräfteverhältnis zwischen Bündnissen und Staaten, das jeden Versuch einer Konfliktregelung mit militärischen Mitteln ... deutlich als kalkuliert untragbares Risiko erkennen läßt.“<sup>16)</sup>

Allerdings wirkt es in diesem Zusammenhang unklar, wenn die Autoren die Strategische Stabilität nur als „Ziel kooperativer Rüstungssteuerung“ definieren<sup>17)</sup>. Richtiger scheint es dagegen zu sein, Rüstungssteuerung im Bezugfeld der vielfältigen sicherheitspolitischen Faktoren als eines der Instrumente neben Krisenmanagement, Verhandlungen, Rüstung und Militärstrategie zur Erreichung von Strategischer Stabilität anzusehen und zu nutzen.

## V. Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Strategischen Stabilität

Dem dynamischen Charakter einer sich wandlungsfähig anbietenden, glaubwürdigen Sicherheitspolitik entsprechend, muß Strategische Stabilität als ein modellierfähiges, aber daher auch zugleich fragiles Gebilde bezeichnet werden. Es erhält aber nicht dadurch seine Balance und gegenseitig anerkannte Konsistenz, indem es sich auf militärisches Kräftegleichgewicht versteift, das sich bisher fast ausnahmslos als ein immer nur durch Zunahme von Waffenarten und neuen Waffentechnologien hergestelltes Gleichgewicht er-

weist. Und doch scheint diese Sichtweise immer noch die allein prägende im Westen wie im Osten zu sein.

Für einen ersten Schritt aus diesem Dilemma heraus ist eine nüchterne und umfassend an-

<sup>16)</sup> Den grundlegenden Ansatz für die Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt) wie deren Verhältnis zur Strategischen Stabilität erläutern Wolf Graf von Baudissin und Dieter S. Lutz in ihrem Beitrag „Kooperative Rüstungssteuerung in Europa“, in: dies. (Hrsg.), Kooperative Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1981, S. 9—48, hier: S. 15.

<sup>17)</sup> Ebd.



gelegte Bedrohungsanalyse notwendig. Wo bei dieser letztere Begriff bereits wieder die Gefahr in sich birgt, sich ausschließlich militärischen Kräfteverhältnissen zuzuwenden. Besser müßte es heißen: Analyse der Potentiale, Absichten und Fähigkeiten der sicherheitspolitischen Komponenten. Wenn diese Formel auch nicht so gängig wirkt, hat sie doch den Vorteil, die konzeptionell angelegte Sicherheitspolitik auf einen sicheren und damit sachlicheren Boden zu stellen und des weiteren zu effizienteren Lösungen hinsichtlich einer Strategischen Stabilität beizutragen. Diese Analyse wird sicherlich in ihren Teilen weltweit und immerwährend getätigt, nur muß sie als eine Gesamtanalyse in einem politischen *Programm* jetzt angestellt werden, um gefährlichen Trends in der derzeitigen Situation entgegenzuwirken, die sich zunehmend und ausschließlich auf den Ausgleich von vermeintlichen Ungleichgewichten nur mit militärischen Mitteln versteifen.

Es gibt eine Reihe von Versuchen, diesen Lösungseinstieg zu wagen, nur in der realpolitischen Durchsetzung zeigen sich erhebliche Widerstände — zumal es nach wie vor plausibler zu sein scheint, expansiv wahrgenommene politische Aktionen am ehesten durch die Zunahme von Waffenpotentialen zu erklären und diesem Anwachsen wiederum nur mit einem Dagegenhalten in Form von Rüstungsschüben der eigenen Bevölkerung gegenüber plausibel machen zu können. Wird dagegen in einer objektiven Analyse auch deutlich — und das scheint nach Feststellung der sicherheitspolitischen Dominanten und ihrer Einflußgrößen gewährleistet —, daß Rüstung nur ein Vehikel von mehreren anderen ist, so kommt dem Instrument Rüstungssteuerung auf dem „Spielfeld“ der Strategischen Stabilität fast automatisch eine tragende Rolle als „Spielmacher“ zu.

Die Verhandlungsebene KVAE erhielt einen beschleunigenden Anstoß. MBFR in Wien böte sich endlich die Chance, aus der Phase des Waffen- und Soldatenzählens in eine Phase von *gleichgewichtigen* Rüstungs- und Potentialbegrenzungen überzuwechseln. Ähnliches, wenn auch schwieriger (da Großmachtinteressen hineinspielen), wäre in Genf bei START, INF und Weltraumwaffen möglich.

Zugleich werden an diesen Beispielen die Möglichkeit, die Chance und die Verpflichtung eines *europäischen* Beitrags zu einer regionalen Strategischen Stabilität mit Auswirkung auf die globale deutlich.

Eine geschlossene europäische Politik, wie teilweise im KSZE- und KVAE-Prozeß ansatz-

weise praktiziert, ergäbe eine nicht unerhebliche Gewichtung in einer fünfgliedrigen westlichen Sicherheitspolitik, die im eigenen Lager wie in der östlichen Perzeption von nicht zu unterschätzender Bedeutung wäre. Dies soll heißen: Ist West-Europa fähig und willens, die vielfachen nationalen Programme in Politik, Wirtschaft, Militär und Gesellschaft in Bündnisprogrammen zu bündeln, dann ließe sich Strategische Stabilität um ein Vielfaches einfacher, vor allem aber effizienter und wegweisender konzipieren.

Eine derartige Umorientierung ist nicht von heute auf morgen möglich. Sie verlangt Rücksichtnahmen, Zugeständnisse, ja, Verzichte, muß aber hinsichtlich einer stabilen Zukunft im West-Ost-Verhältnis und mehr noch als ein sinnfälliger Beitrag zum Ausgleich zwischen Nord und Süd angestrebt und verwirklicht werden.

Einerseits böte sich durch eine westeuropäische Stärkung die Erstellung eines Modells für andere Regionen; andererseits gebieten die historisch gebildeten Verantwortungen für eine Vielzahl von Staaten in den Kontinenten Asien, Afrika, Südamerika geradezu die Pflicht, Strategische Stabilität nicht nur auf das West-Ost-Verhältnis zu verengen. „Man muß also die Auswirkungen der Interdependenz auf politische Strategien untersuchen, um zu einem differenzierten Ansatz weltpolitischer Analyse zu finden, ohne nur den bisherigen Vereinfachungen eine weitere übertriebene Vereinfachung als Handlungsmaxime hinzuzufügen.“<sup>18)</sup>

Die Mitträgerverpflichtung hinsichtlich einer Strategischen Stabilität zwischen Nord und Süd und zwischen West und Ost hat zweifelsfrei auch eine nicht unbedeutende deutsche Komponente. Diese Beitragsforderung hat ihre mannigfaltigen Ursachen aus der ganz speziellen jüngsten deutschen Geschichte, der Spaltung Deutschlands und des damit einhergehenden Eingebundenseins der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in die jeweiligen Militär- und Wirtschaftsallianzen in West bzw. Ost.

Zum einen findet die Trennung zwischen West- und Osteuropa in den beiden deut-

<sup>18)</sup> Eine ausführliche Darstellung des Themas „Macht und Interdependenz“ von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye findet sich in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Weltpolitik. Strukturen — Alternativen — Perspektiven*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 217, Bonn 1985, S. 74—88, hier: S. 88. Insgesamt bietet das umfangreiche Werk von Kaiser und Schwarz eine Fülle von Ansätzen und Belegen für eine Programmatik der Strategischen Stabilität, auch wenn die Schwerpunkte nicht immer identisch mit den hier dargelegten Ausführungen sind.



schen Staaten ihren Ausdruck; zum anderen scheidet jede radikale Lösungsmöglichkeit für eine Wiedervereinigung aus. Auch wirken Ansprüche auf eine Wiederherstellung ehemaliger Grenzen nicht nur unreal, sondern auch destabilisierend und das herrschende Machtgefüge verkennend. Nichtsdestoweniger bieten sich aus dieser Konstellation heraus gleichzeitig auch Chancen und legitime Ansprüche für einen deutschen Beitrag zur klimatischen Verbesserung der europäischen Sicherheitssituation.

Wenn nicht in diesem Bereich, wo denn dann wohl sonst ist jede Veränderung — zum Schlechten wie zum Guten — einer Strategischen Stabilität fast mit den Händen greifbar? So liegt es doch geradezu auch im Eigeninteresse jeder deutschen Sicherheitspolitik, Beiträge zu einem Programm zu liefern, das Strategische Stabilität festlegen und gewährleisten soll. Dazu sind im begrenzten Maße bilaterale Wege und Prozesse möglich, nützlich und notwendig. Die praktizierte Entspannungspolitik hat das bewiesen. Sie läßt sich auch fortsetzen in einer neuen Entspannungspolitik, die allerdings die eingeleiteten Ausgleichsfortschreiben muß und sich sicherlich schwieriger bewerkstelligen lassen wird, da sie nicht mehr den Charakter des Novums des erstmals gesuchten Ausgleiches zwischen Ost und West aufweist und sich zudem das gesamteuropäische Gefüge fortentwickelt hat. Aber neue Impulse benötigt es allemal. Und diese erneuten Anstöße und Anreize bedürfen auch und gerade des deutschen Beitrags für eine Strategische Stabilität — und dieser Anteil soll und darf nur in Abstimmung und im Gleichklang mit den übrigen westeuropäischen Mitgliedern der Allianz und im Einklang mit der atlantischen Vormacht eingebracht und durchgesetzt werden.

Strategische Stabilität erfährt fast zwangsläufig mehr Gewicht, wenn sie von der speziell deutschen Erfahrung geleitet wird, daß sie von einer Sicherheitspolitik geformt wird, die darauf verzichtet, die eigene Sicherheit nur immer dann gewährleistet zu sehen, wenn das Gegenüber sich unsicher fühlt. Und die des weiteren — auch das ist im deutschen Interesse mehr als verständlich — Sicherheit nicht nur als fortgesetzte Anhäufung von Waffenpotentialen jedweder Art garantiert sieht. Auch wenn unverkennbar ist, daß heute jeder Ort der Welt mit interkontinentalen Waffen erreichbar und zerstörbar ist, erhält die Tatsache, daß Waffenpotentiale immer auch eine vorrangige Zieloption bilden, bei der Anhäufung von Streitkräften in beiden deutschen Staaten ein außerordentliches Gewicht in der

Bewertung der typisch deutschen vitalen Interessen.

Zusammengefaßt bedeutet das:

Sicherheitspolitik umfaßt aufgrund der fünf Dimensionen alle lebenswichtigen internationalen und nationalen Bereiche und ihre Verbindungen untereinander. Soll sie nicht einseitig und gefährlich werden, sondern Krisen und Kriege vermeiden helfen, kann ihr Ziel unter den herrschenden Bedingungen nur Strategische Stabilität lauten.

Ist Strategische Stabilität möglich und gewährleistet, erhält Entspannung wieder eine Chance.

Strategische Stabilität darf aber nur so verstanden werden, daß sie ihre Gleichgewichtigkeit nur dadurch erhält und behält, wenn sie die eigene Sicherheit tatsächlich nur in der gleichzeitigen Anerkennung der Sicherheit des Gegenüber versteht. Die Formel „Sicherheitspartnerschaft“ ist für diese Situation deshalb treffend, da — gegeben durch Militärpotentiale, wirtschaftliche Überlebensnotwendigkeit und politisches Krisenmanagement — die durchaus antagonistisch angelegten Politiksysteme zur Partnerschaft gezwungen sind.

Allerdings sind Sicherheitspartnerschaften und Strategische Stabilität zwischen West und Ost wenig wert, wenn sie nicht auch auf den Nord-Süd-Bereich erweitert werden.

Den westeuropäischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland bietet eine gemeinsam gestaltete und beeinflusste Strategische Stabilität darüber hinaus die Chance, das Dilemma der Teilung überbrücken und zu gegenseitigem Nutzen stabilisierend egalisieren zu können.

Sollte die Formel zur Strategischen Stabilität tatsächlich ausgebaut werden können, gewänne die heute eher euphemistisch klingende These von Hans-Peter Schwarz durchaus an Realität: „Der einzige der neuartigen Ansätze zum Macht-Management, der sich voll bewährt und zu einer vielleicht dauerhaften Abkehr von traditioneller Machtpolitik geführt hat, ist die Entwicklung moderner *Sicherheits- und Integrationsgemeinschaften* zwischen den liberalen Industriestaaten im atlantischen und im westeuropäischen Raum.“<sup>19)</sup>

Allerdings wird nur eine realistische Politik gegenüber dem nicht so liberalen östlichen Partner zum gegenseitigen Ausgleich die Neuartigkeit wie Effizienz beweisen können.

<sup>19)</sup> Siehe besonders die Thesen von Hans-Peter Schwarz, *Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem*, in: K. Kaiser/H.-P. Schwarz (Hrsg.) (Anm. 18), S. 50—73, hier: S. 71 f.



## SDI oder EUREKA?

### Die Position Frankreichs

#### I. Die neue kosmische Dimension der Sicherheit

Die — anscheinende — Ruhe, die bei den Regierenden wie in der Öffentlichkeit der westeuropäischen Länder entgegen mancher Erwartung nach dem Beginn der NATO-Nachrüstung im Frühjahr 1984 eingetreten war, sollte nur von kurzer Dauer sein. Ab Februar des Jahres konkretisierte das amerikanische Verteidigungsministerium die Vorstellungen zur Weltraumrüstung, die Präsident Ronald Reagan in einer Rede am 23. März 1983 als „Strategische Verteidigungs-Initiative“ (Strategic Defense Initiative = SDI) vorgebracht hatte. In Frankreich wie in den anderen westlichen Ländern hatte man diese Vision eines Schutzschirmes gegen Raketen damals, als man ganz im Bann der Nachrüstungsdebatte stand, nicht sonderlich ernst genommen und Parallelen zu der bereits von John F. Kennedy wie Jimmy Carter bei ihren Amtsantritten verkündeten Sehnsucht gezogen, die Welt von Nuklearwaffen zu befreien und dem „prekären Gleichgewicht des Schreckens“ (nach der bekannten Formel von Albert Wohlstetter) zu entgehen.

Innerhalb der französischen Regierung sah man die Dinge jedoch anders; denn Ronald Reagans programmatische Ankündigungen waren in militärtechnischer Hinsicht viel zu präzise und paßten allzu nahtlos in ein politisch-strategisches Gesamtkonzept, um den Schluß rechtfertigen zu können, es handle sich nur um eine Laune oder eine „Intuition“ des Präsidenten. Es war auch in Paris bekannt, daß der Übergang zu einem strategischen Abwehrsystem im Weltraum bereits 1980 im Wahlkampf der Republikaner eine Rolle gespielt hatte.

Staatspräsident François Mitterrand sprach deshalb sehr früh, und zwar in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York im September 1983<sup>1)</sup>, die Vision des „Krieges der Sterne“ an. Allerdings geschah dies mittelbar und unter Bezug auf

die Vorbedingungen, die Frankreich für seine Beteiligung an den Verhandlungen über die Nuklearabrüstung stellte und die bereits ein Jahr vorher Außenminister Claude Cheysson der Zweiten Sondervollversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung vorgetragen hatte<sup>2)</sup>. Mitterrand präziserte in New York insbesondere die dritte Vorbedingung, die quantitative und qualitative Begrenzung der strategischen Abwehrsysteme dahin gehend, daß es hierbei um den Verzicht gehe, die Systeme zur Abwehr von Raketen (ABM), zur Bekämpfung von Erdsatelliten (ASAT) und von Unterseebooten (ASW) weiterzuentwickeln.

Wenn sich auch alle Präsidenten der V. Republik weigerten, an den Rüstungskontrollverhandlungen der beiden Weltmächte und der Bündnisse wie auch, bis 1978, am Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen in Genf teilzunehmen, waren indessen die wesentlichen amerikanisch-sowjetischen Abkommen, der ABM-Vertrag von 1972, der Interims-Vertrag SALT I von 1972 und der (nicht ratifizierte) SALT II-Vertrag von 1979, als auch im Sicherheitsinteresse Frankreichs liegend von Paris begrüßt worden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand; denn die militärische Wirksamkeit der nationalen Atomstreitmacht, der sogenannten „Force de Frappe“, und damit zugleich ihre politische Glaubwürdigkeit beruhten ganz entscheidend darauf, daß die beiden Weltmächte dem waffentechnologischen Wettstreit Zügel anlegten<sup>3)</sup>. Die

<sup>1)</sup> Ansprache vom 28. September 1983. Zum Gesamtkomplex siehe u. a. den Beitrag von Walter Schütze, Frankreich und die Politik der Abrüstung und der Rüstungsbegrenzung, in: Europa-Archiv (1984) 1; Auszüge aus der Ansprache Mitterrands in: Europa-Archiv. (1983) 22, S. D 640ff.

<sup>2)</sup> Diese drei Vorbedingungen, wie sie erneut in einer Stellungnahme der französischen Regierung (deutsch in: Frankreich-Info, Französische Botschaft, Bonn, 15. 7. 1983) festgehalten wurden, lauten: 1. Die Verringerung der Arsenale der beiden Supermächte auf ein Niveau, das eine grundlegende Veränderung der Relation der Potentiale bewirkt; 2. bedeutende Fortschritte bei der Reduzierung des konventionellen Ungleichgewichts in Europa und die Beseitigung jeglicher chemischen Bedrohung; 3. quantitative und qualitative Begrenzung der strategischen Abwehrsysteme.

<sup>3)</sup> Zur französischen Abschreckungsdoktrin siehe u. a. Walter Schütze, Die Bedeutung der französischen Kernwaffen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/83, und Volker Rittberger, Europäische Sicherheit und die Neubewertung der Kernwaffen in und für Europa, in: ebd., B 15/84.



1972 ausgehandelte Beschränkung der Raketen-Abwehrsysteme (1974 weiterhin reduziert auf je ein ABM-System, auf dessen Durchführung die USA ganz verzichteten) erlaubte es, den französischen, vor allem seegestützten Raketen eine gewisse Durchdringungsfähigkeit zu sichern. Die französischen Sorgen konzentrierten sich deshalb bis Anfang der achtziger Jahre auf die durch keinen Vertrag gehemmte Entwicklung neuer, wirkungsvollerer Verfahren zur Aufspürung und Bekämpfung

von nukleargetriebenen Unterseebooten.

Mit den Vorhaben in Washington, die Forschung und Entwicklung der mit neuartigen Technologien offenbar jetzt realisierbaren Raketen-Abwehrsysteme im Weltraum voranzutreiben, sieht sich deshalb die von General de Gaulle konzipierte französische Doktrin in der Verteidigung durch die Befähigung zur Abschreckung einer echten Herausforderung gegenüber.

## II. Argumente gegen SDI

Anfang April 1984 informierte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger und ein Stab von Experten die Mitglieder der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (der Frankreich ebensowenig angehört wie den anderen Organen des integrierten Militärsystems des Bündnisses) auf deren Sitzung in Cesme in der Türkei eingehend über die Planungen für weltraumgestützte Waffen zur Raketen- und Satelliten-Abwehr. Kurz darauf, am 27. April 1984, nahm der französische Verteidigungsminister, Charles Hernu, vor dem Senat hierzu Stellung<sup>4)</sup>. Unter Betonung der Notwendigkeit, die Nuklearabschreckung der USA und der UdSSR zu erhalten, die seit mehr als dreißig Jahren auch die Sicherheit Europas gewährleistet habe, verwies der Minister darauf, der Aufbau von Raketenabwehrsystemen werde eine große Zahl von Fragen nicht philosophischer, sondern geostrategischer Natur aufwerfen. Ein Wettrüsten im Weltraum der beiden Weltmächte und das damit verbundene Ende von Völkerrechtsregeln (der Rüstungskontrolle, insbesondere ABM-Vertrag von 1972) würde unweigerlich „die Rückkehr zum Recht des Dschungels unter den Nuklearmächten bedeuten und die Nuklearabschreckung ernsthaft in Frage stellen“. Die Lage in Europa, so Charles Hernu, würde durch ein ABM-Wettrüsten noch instabiler werden, da Waffenmassierungen, wie z. B. die bereits bestehende konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes, dadurch noch weiter aufgewertet würden.

Ein Schutzschild im Weltraum gegen angreifende Interkontinental-Raketen sei überdies illusorisch, denn selbst wenn er zu 95% wirksam sein sollte, was schon ein phantastisches Ergebnis wäre, würde dies unzureichend sein.

<sup>4)</sup> Verteidigungsminister Charles Hernu am 27. April 1984 in der Aussprache des französischen Senats; Journal Officiel, Parlamentsdebatten.

Die gleichen Bedenken trug der Delegierte Frankreichs in der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen in Genf (der 40 Länder angehören), Botschafter François de la Gorce, am 12. Juni 1984 vor<sup>5)</sup>: Ein Bemühen der beiden Weltmächte, ihr Gebiet unverwundbar zu machen, d. h. einem atomaren Gegenschlag zu entgehen, würde schwerwiegende Gefahren mit sich bringen; denn zum einen führe allein schon die Ankündigung, bei der Entwicklung von Abwehrmitteln im Weltraum voranzuschreiten, zu einem gesteigerten Wettrüsten bei den Offensiv-Waffensystemen, da jede Seite versuchen werde, die ABM-Systeme der anderen durch immer mehr Angriffsraketen zu neutralisieren und andere, nichtballistische Flugkörper — in erster Linie Marschflugkörper — vermehrt einzuführen; zum anderen müßten derartige Abwehrsysteme wegen ihrer technischen Beschaffenheit quasi automatisch zum Einsatz gelangen und keine Zeit mehr für politische Entscheidungen lassen. Schließlich hätten die bereits (von den beiden Weltmächten) betriebenen umfangreichen Forschungsvorhaben, auch wenn sie den ABM-Vertrag von 1972 nicht verletzen, die Wirkung, eine Eigendynamik zu entwickeln, die dem Ziel einer Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichtes auf der niedrigsten möglichen Ebene zuwiderliefe.

Im Namen seiner Regierung legte der französische Delegierte den Mitgliedern des Abrüstungsausschusses einen Rahmenentwurf für ein multilaterales Abkommen vor, das vier Hauptpunkte enthielt:

<sup>5)</sup> Erklärung des Leiters der französischen Delegation in Genf (Dokument CD). Am 14. April 1983, also kurz nach der Ankündigung des SDI-Programms durch Präsident Reagan, hatte die französische Delegation der Konferenz bereits ein Arbeitsdokument über die Probleme der militärischen Nutzung des Weltraums übermittelt. Bis dahin hatte allein die Sowjetunion 1981 und dann erneut 1983 der Konferenz einen Vertragsentwurf vorgelegt, der das Totalverbot von ASAT- und ABM-Waffen im Weltraum vorsah.



1. Eine sehr weitreichende Beschränkung von Systemen für die Erdsatelliten-Bekämpfung, verbunden mit dem Verbot, Mittel zur Bekämpfung der Satelliten in hoher Umlaufbahn zu entwickeln, deren Unverwundbarkeit für das strategische Gleichgewicht von größter Bedeutung ist.

2. Ein Verbot, am Boden, in der Atmosphäre und im Weltraum Waffen mit gelenkter Energie einzuführen, die die Vernichtung von ballistischen Flugkörpern (Raketen) oder von Satelliten in hoher Umlaufbahn bezweckten. Dieses sollte zunächst für fünf Jahre gelten, wäre aber verlängerbar. Weiterhin ein Verbot, Versuche mit den entsprechenden Waffen durchzuführen.

3. Eine Verbesserung des mit dem (multilateralen) Abkommen vom 14. Juni 1975 geschaffenen Verfahrens der Meldepflicht für künstliche Weltraumkörper: über Weltraumstarts sollten die durchführenden Staaten bzw. Organisationen demzufolge eingehendere Informationen über die Beschaffenheit und die Aufträge der Weltraumkörper bekanntgeben, um auf diesem Wege die Möglichkeiten der Verifizierung zu verbessern.

4. Eine von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einzugehende Verpflichtung, die bilaterale vertragliche Bestimmung, welche die Unverletzlichkeit ihrer jeweiligen (Aufklärungs-)Satelliten gewährleistet, auf alle Drittländer auszudehnen<sup>6)</sup>.

Diese Position Frankreichs, so erklärte der Delegierte, diene dem Ziel, die friedliche Nutzung des Weltraums zu sichern, zugleich aber im militärischen Bereich die Möglichkeit zu wahren, diejenigen weltraumgestützten Instrumentarien zur Beobachtung, Nachrichtenübermittlung und Kontrolle einzusetzen, die für die Stabilität und die Sicherheit erforderlich sind. „Wir finden uns nicht damit ab, daß im Weltraum neue Waffen stationiert und vervielfacht werden, die ernsthafte Risiken der Destabilisierung heraufbeschwören und einem neuen und ruinösen Wettrüsten Auftrieb geben.“

Während dieser Entwurf die Unterstützung der im Genfer Abrüstungsausschuß vertretenen

neutralen und nicht gebundenen Länder fand, ließen die westeuropäischen Verbündeten zwar ihr Verständnis für den französischen Schritt erkennen, sie unterstützten ihn aber nicht, sondern machten eher technische Vorbehalte geltend. Die amerikanische Delegation zeigte sich eindeutig ablehnend, und der sowjetische Vertreter stimmte zwar grundsätzlich zu, kritisierte aber, daß Frankreich das Verbot von ASAT-Waffen nicht auch auf Satelliten in niedriger Umlaufbahn ausdehnen wollte. Das französische Argument, die letzteren seien beim heutigen Stand der Technik ohnehin schon verwundbar, konterten die sowjetischen Experten mit dem Hinweis, die technische Entwicklung erlaube es nicht mehr zu verifizieren, ob ASAT-Systeme für Weltraumkörper auf niedriger Umlaufbahn nicht gleichfalls zur Bekämpfung der geostationären Satelliten umfunktioniert werden können.

Die unterschiedliche Aufnahme des französischen Entwurfes im Genfer Gremium zeigte zum ersten Mal sehr klar, wenn auch damals von der Öffentlichkeit unbemerkt, die Frontlinien der sich anbahnenden Auseinandersetzung um das amerikanische SDI-Programm auf: die Weigerung der Reagan-Administration, ihre Handlungsfreiheit völkerrechtlich einschränken zu lassen, die Forderung Moskaus nach einem Totalverzicht auf die Militarisierung des Weltraums, und die passive Haltung der europäischen Partner Frankreichs, die der Position von Paris zwar grundsätzlich zuneigten, Washington aber nicht offen herausfordern wollten. Präsident Mitterrand und seine Berater wußten seit dem Juni 1984, daß eine einheitliche westeuropäische Position zu SDI nicht realisierbar war — und daß die Gefahr der Isolierung bestand.

Die beiden Weltmächte zogen es angesichts des Patts im Genfer Ausschuß vor, die militärische Weltraumproblematik direkt zu erörtern, wie das sowjetische Angebot vom 29. Juni 1984 zeigte, Ende September des Jahres in Wien bilaterale Verhandlungen aufzunehmen, auf deren Tagesordnung sich beide Regierungen dann erst am 6. Januar 1985 in ihrem Genfer Communiqué einigten.

Für die Verantwortlichen in Paris blieb seitdem der Genfer Entwurf für ein Teilverbot von ASAT und das ABM-Moratorium Grundlage und Bezugspunkt, und man wiederholte in immer neuen Variationen die prinzipielle Ablehnung des „Krieges der Sterne“. Premierminister Laurent Fabius stellte diesem Schlagwort ein anderes entgegen, als er in einem Vortrag vor der Verteidigungsakademie im September 1984 den „Frieden der Ster-

<sup>6)</sup> Hier wird direkt Bezug genommen auf den amerikanisch-sowjetischen Vertrag über die Beschränkung der ABM-Systeme, der am 26. Mai 1972 in Moskau unterzeichnet wurde und weiterhin in Kraft ist. Der Vertrag besagt in Artikel XII, Paragraph 2, beide Seiten verpflichten sich, nicht die nationalen technischen Mittel der Verifizierung (d. h.: Aufklärungs- und Beobachtungssatelliten) zu behindern, die der Einhaltung des Vertrages (Art. 1) dienen.



ne" postulierte<sup>7)</sup>. Als entscheidend für die Europäer bezeichnete er hier das Risiko, daß die Entwicklung von Defensivsystemen „bei unseren Partnern den Eindruck entstehen lasse, ihre Sicherheit werde von derjenigen der Vereinigten Staaten abgekoppelt“. Außenminister Claude Cheysson hatte schon im Juli dieses Argument der strategischen Abkoppelung gegen SDI ins Feld geführt<sup>8)</sup> und betonte, die Verhinderung eines kosmischen Wettrennens liege in allererster Linie in der Verantwortung der beiden Weltmächte. Der Staatschef nahm in einem Fernsehinterview Mitte Dezember 1984 zum ersten Mal öffentlich Stellung, indem er Präsident Reagans SDI-Plan als „Überrüstung“ bezeichnete und erklärte, er werde sich der Militarisierung des Weltraums mit allen ihm verfügbaren Mitteln widersetzen<sup>9)</sup>.

Die zunächst in Paris genährte Hoffnung, die Formulierung des Genfer Kommuniqués vom 6. Januar 1985 — es sei das Ziel der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, ein Wettrennen im Weltall zu verhindern — dokumentiere ein Einlenken der Reagan-Administration, erwies sich sehr schnell als trügerisch; man mußte erkennen, daß beide Kontrahenten diesen Satz in völlig entgegengesetzter Weise interpretierten<sup>10)</sup>. Verteidigungsminister Charles Hernu nutzte deshalb die Gelegenheit seiner Teilnahme an der jährlichen Münchener Wehrkunde-Tagung im Februar 1985, um in seinem Referat noch einmal die grundsätzliche Opposition Frankreichs nicht nur zu der Fortführung der SDI-Forschungen,

sondern zum Konzept dieser neuen Strategie und der ihr zugrunde liegenden politischen Auffassungen darzulegen.

In München wurden deutsch-französische Dissonanzen sichtbar, denn Bundeskanzler Helmut Kohl stimmte in seiner Rede (bei allen kritischen Fragen zu den Auswirkungen von SDI) grundsätzlich einer Beteiligung der Bundesrepublik an den amerikanischen Forschungen zu<sup>11)</sup>.

Aus der Perspektive der Pariser Ministerialbürokratie war die Bonner Zusage für die vom Pentagon noch gar nicht im einzelnen erläuterten Technologievorhaben eine voreilige Festlegung und ein Eingehen auf die Taktik Washingtons, die eher reservierten europäischen Verbündeten auf dem Wege über die wissenschaftliche Mitarbeit in die politische Haftung von SDI zu nehmen, ehe überhaupt geklärt war, ob das militärische Weltraumprogramm im sicherheitspolitischen Interesse aller Bündnispartner lag<sup>12)</sup>.

Die französische Regierung sah sich indessen einem doppelten Dilemma gegenüber: Erstens konnte sie infolge ihrer seit 1966 verfolgten Politik der Nicht-Beteiligung am integrierten Militärsystem der NATO ihre Position in den beiden für die Strategie und die Streitkräfteplanungen wesentlichen Gremien, dem Ausschuß der Verteidigungsminister für Verteidigungsplanung (DPC) und der Nuklearen Planungsgruppe (NPG), nicht zur Geltung bringen, und zweitens war es aus innen- wie bündnispolitischen Gründen nicht möglich, allzu offen gegen den Reagan-Kurs zu opponieren und die sowjetische Forderung nach einem vollen Verzicht auf die Entwicklung und die Einführung von ABM-Systemen, die der Haltung Frankreichs ja weitgehend entsprach, zu unterstützen. Als Außenminister Roland Dumas Mitte März 1985 Moskau besuchte, relativierte er die von der Sowjetführung betonte Interessenidentität mit dem Hinweis, die SDI-Forschungsvorhaben seien

<sup>7)</sup> Laurent Fabius vor dem Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale, Paris, am 17. September 1984. Der Wortlaut findet sich in der Zeitschrift *Défense Nationale*, Paris, November 1984, unter dem Titel: *Notre Défense: rassembler et moderniser*.

<sup>8)</sup> In einem Interview mit der katholischen Tageszeitung *La Croix* vom 11. Juli 1984.

<sup>9)</sup> Interview vom 16. Dezember 1984. Die wesentlichen Textauszüge finden sich in: *Le Monde* vom 18. Dezember 1984.

<sup>10)</sup> In einem Vortrag im Französischen Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) in Paris erläuterte so der Stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung im State Department, John Kelly, am 16. Januar 1985, SDI sei in Genf nicht verhandlungsfähig, sondern eine Trumpfkarte, die es erlaube, die amerikanische technologische Überlegenheit gegenüber der UdSSR auszuspielen. Die französische Regierung machte andererseits Vorbehalte gegen das im Genfer Kommuniqué hergestellte „Junktum“ zwischen Weltraumrüstung und tiefgreifenden Verringerungen der strategischen und der Mittelstreckenwaffen der beiden Weltmächte geltend und erklärte, das französische Nukleararsenal könne nicht in diese Verhandlungen einbezogen, d. h. nicht in Rechnung gestellt werden.

<sup>11)</sup> Wortlaut der Rede von Charles Hernu in Auszügen und voller Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Kohl vom 9. Februar 1985 in: *Europa-Archiv*, (1985) 6, S. D 164 ff.

<sup>12)</sup> Die (nicht offizielle) Nordatlantische Versammlung, die vom 14. bis 16. November 1984 in Brüssel tagte, nahm in ihren Entschlüssen zwar nicht direkt zu SDI Stellung, doch stellte der von einem kanadischen Abgeordneten dem Militärausschuß hierzu vorgelegte Bericht fest, die Europäer verhielten sich insgesamt sehr kritisch gegenüber diesem Programm. Neben anderen Argumenten gegen den Aufbau von Raketen-Abwehrsystemen im Weltraum wurde hier angeführt, die britischen und französischen Nuklearwaffen würden im Falle einer sowjetischen ABM-Entwicklung ihre Glaubwürdigkeit als Abschreckungsmittel einbüßen.



legitim. Ende Februar hatten in Paris zu diesem Thema Arbeitsgespräche zwischen französischen Experten und einer sowjetischen Delegation unter Leitung des stellvertretenden Generalstabschefs stattgefunden, die aber in der Presse keine Erwähnung fanden.

Andererseits waren die SPD und die französische Sozialistische Partei, die sich über die Haltung Mitterrands zur NATO-Nachrüstung sehr zerstritten hatten, durch SDI zu einem neuen Konsens gelangt, und Mitte Januar 1985 verurteilten sie in einer gemeinsamen Erklärung neue, destabilisierende Militärtechnologien und forderten den Verzicht auf ein Wettrüsten im Weltall<sup>13</sup>).

Dennoch löste die Erklärung Präsident Mitterrands auf dem 11. Gipfeltreffen der sieben größten westlichen Industrieländer in Bonn (2. bis 4. Mai 1985), sein Land werde „zum jetzigen Stand“ nicht an dem SDI-Forschungsprogramm mitwirken, da er befürchte, die Europäer sollten dabei lediglich „Unterauftragnehmer“ sein, sowohl in der französischen Öffentlichkeit als auch in Regierungskreisen Überraschung aus<sup>14</sup>). Der Mitterrand-Eklat war deshalb bemerkenswert, weil es der Mehrheit der sieben Staats- und Regierungschefs gelungen war, Präsident Reagan von seiner ursprünglichen Forderung abzubringen, das SDI-Projekt im Gipfel-Kommuniqué zustimmend zu erwähnen, und weil andererseits klar war, daß die von Paris erstrebte Ablehnung des Projekts nicht erreichbar war.

Erstaunlich bleibt jedenfalls, daß die französische Regierung bis Anfang April 1985 mit ihren Partnern keine diplomatische Absprache für eine gemeinsame Haltung zu SDI gesucht hat<sup>15</sup>). Wenn man in Paris schon die NATO-

Institutionen nicht für derartige Konsultationen nutzen wollte — und es aufgrund der nationalen Verteidigungsdoktrin seit 1967 auch nicht mehr konnte —, so hätte doch die in Form der regelmäßigen Tagungen der Außen- und Verteidigungsminister Frankreichs und der Bundesrepublik institutionalisierte bilaterale Zusammenarbeit die Möglichkeit hierzu geboten<sup>16</sup>). Anlässlich des Gipfeltreffens Mitterrand-Kohl am 28. Februar 1985 in Paris hieß es zu SDI lediglich, dieses Vorhaben stelle das deutsch-französische Einvernehmen nicht in Frage, sollte die Bundesrepublik, der zwar Nuklearwaffen, aber nicht Weltraumwaffen untersagt sind, ihre Beteiligung am Projekt anstreben<sup>17</sup>).

Die Pariser Diplomatie hatte sich zwar bemüht, die „Westeuropäische Union“ (WEU) zum Forum der Abstimmung zu machen; aber angesichts der offenen Blockierung durch die Reagan-Administration war dies von vornherein ein aussichtsloses Unterfangen, wie das Kommuniqué des in Bonn am 22. und 23. April 1985 tagenden Ministerrats der WEU auswies<sup>18</sup>).

<sup>16</sup>) Ende Oktober 1982 wurde anlässlich des Gipfels Mitterrand-Kohl in Bonn beschlossen, daß sich die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder halbjährlich und am Vorabend der bilateralen Gipfeltagungen treffen. Zum Zwecke der Vorbereitung dieser Treffen wurden ein Lenkungsausschuß aus hohen Beamten der betroffenen Ministerien und, unter dessen Federführung, drei Arbeitsgruppen für die Behandlung der politisch-strategischen Fragen, für die bilaterale militärische Zusammenarbeit und für die Rüstungskooperation geschaffen. Zur Bilanz dieser Tätigkeit siehe den Beitrag von Adrien Adrets (Pseudonym), France-RFA: le nucléaire dans une Europe divisée, in: Politique Etrangère, Paris (1983) 3.

<sup>17</sup>) Laut Le Monde vom 2. März 1985. Beiderseits bestand das Bestreben, den in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck zu verwischen, auf der Wehrkunde-Tagung in München im Vormonat seien die Gegensätze Frankreich-Bundesrepublik zum Problem SDI offen zutage getreten.

<sup>18</sup>) Im Kommuniqué der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der sieben WEU-Mitglieder heißt es unter Ziffer 7 zu den SDI-Forschungsvorhaben: (Die Minister) „kamen überein, ihre gemeinsamen Beratungen fortzusetzen, um so weit wie möglich eine koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen, an dem Forschungsprogramm teilzunehmen...“ (laut Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Bonn, 25. April 1985). Zu der amerikanischen Ablehnung westeuropäischer Bemühungen um die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zur Rüstungskontrollpolitik — in diesem Fall zu SDI — außerhalb der NATO-Gremien siehe das Interview des Leiters der Europa-Abteilung im State Department, Richard Burt, mit dem „Worldnet“-Fernsehsatelliten-Programm der USA am 17. April 1985. Burt bestätigte dort, daß er „vor einiger Zeit“ einen Brief in diesem Sinne an die sieben Mitgliedsregierungen der WEU gerichtet habe.

<sup>13</sup>) Gemeinsame Erklärung der PS und der SPD aufgrund der Beratungen des von den beiden Parteien ein Jahr vorher gebildeten Ausschusses für außen- und sicherheitspolitische Fragen, veröffentlicht in Paris am 15. Januar 1985.

<sup>14</sup>) In einer amtlichen Stellungnahme (SDI-Analyse des Planungsstabes des französischen Außenministeriums vom 8. Mai 1985) hieß es hierzu: „Im Hinblick auf das amerikanische Angebot zu einer eventuellen Mitwirkung am SDI-Projekt ist Frankreich der Auffassung, daß Europa aufgrund einer Inventur seiner Möglichkeiten und der Mobilisierung seiner eigenen Fähigkeiten hierauf antworten kann, wenn möglich in abgestimmter Weise und auf jeden Fall unter dem Vorbehalt, daß die amerikanischen Angebote ausreichende Garantien in technologischer und politischer Hinsicht bieten. Es kann in der Tat nicht in Frage kommen, unter dem Vorwand eines technologischen Interesses einfach einem strategischen Konzept zuzustimmen, das vom Standpunkt der europäischen Interessen aus zahlreiche Fragen aufwirft.“

<sup>15</sup>) Äußerung von Verteidigungsminister Charles Hernu in einem Interview mit dem Magazin Jours de France, Paris, vom 15. April 1985.



### III. Argumente für EUREKA

Auf dem Bonner Siebener-Gipfel Anfang Mai 1985 plädierte François Mitterrand für das westeuropäische Technologie-Programm EUREKA, das Paris zwei Wochen vorher lanciert hatte. Außenminister Roland Dumas übermittelte am 15. April den neun Regierungen der Staaten der Europäischen Gemeinschaft sowie den Beitrittskandidaten Spanien und Portugal einen entsprechenden Entwurf, nachdem er sich zwei Tage vorher der Zustimmung seines Bonner Kollegen Genscher versichert hatte.

Nicht zu Unrecht wurde EUREKA als eine Alternative zu SDI aufgefaßt. Offiziell machte man in Paris zwar geltend, es handle sich um zwei der Sache nach völlig verschiedene Unternehmen, doch sei es der Zweck von EUREKA, „eine abgestimmte Antwort der europäischen Länder auf die Vorschläge von Herrn Weinberger zu erleichtern“<sup>19)</sup>.

Ist das Ziel des Mitterrand-Vorstoßes auch klar, so bleiben dessen Konturen verschwommen. Die Unklarheiten beginnen bereits bei der Terminologie, denn im Brief von Roland Dumas wurde EUREKA als Abkürzung für „European Research Coordination Agency“ (also Amt für die Koordinierung Europäischer Forschung) bezeichnet. Es besteht aber seit Anfang 1985 im Rahmen der europäischen Weltraumorganisation ESA ein Großprojekt unter dem Namen „Eureca“ (abgekürzt aus: „European Retrievable Carrier“, also Weltraumplattform).

Die im französischen Entwurf zunächst auf sechs Forschungsgebiete beschränkten Aufgaben von EUREKA wurden auf zehn erweitert<sup>20)</sup>:

- Großrechenanlagen,
- „künstliche Intelligenz“ und ihre Anwendungsbereiche,
- leistungsfähige, sogenannte superschnelle Mikroprozessoren,
- Robotertechnik der dritten Generation,
- vollautomatische Fabrikanlagen (elektronisches Engineering),
- Opto-Elektronik,
- Laser-Entwicklung,

- Elektronik unter extremen Bedingungen (Hitze, Kälte, Vakuum, Radioaktivität),
- neue Werkstoffe,
- Bio-Technologien im Nahrungsmittelbereich.

Obwohl hier ein direkter Bezug auf die potentielle Anwendung dieser Einzelprojekte für die von Frankreich mit Vorrang gewünschte Zusammenarbeit bei der Weltraumforschung fehlt, ist erkennbar, daß die Hauptstoßrichtung von EUREKA gerade diesen Sektor betrifft<sup>21)</sup>. Überdies fügt sich EUREKA in die von François Mitterrand und seinen Ministern seit 1981 unablässig verfolgten Bemühungen um die Koordinierung der europäischen Zukunftsforschung ein. Im September 1983 übermittelte Paris der EG ein Memorandum zur Schaffung eines „Technologierums“, und im Februar 1984 schlug der Staatschef in seiner Rede in Den Haag eine gemeinsame Anstrengung für den Bau einer bemannten Weltraumstation zu militärischen (Beobachtungs-)Zwecken vor. Damals blieb weitgehend unklar, wie ein solches — vorher mit den zuständigen Ministerien in Paris gar nicht abgestimmtes — Projekt im einzelnen aussehen sollte; es fand auch bei den europäischen Partnern kein großes Echo. In der Folgezeit brachte Frankreich den Bau einer französischen Raumfähre „Hermes“ innerhalb der ESA zur Sprache, doch wurde dieser zugunsten der europäischen Beteiligung an der amerikanischen bemannten Weltraumstation (Projekt „Columbus“) zunächst zurückgestellt.

Der Dumas-Entwurf bezog sich direkt auf das von der EG-Kommission 1980 eingeleitete Programm für die Entwicklung von Informationstechnologien (Gesamtkosten 2,2 Milliarden DM) mit dem Namen ESPRIT und ein drei Jahre später unternommenes ähnliches Programm für Kommunikationstechnologie (RACE = Research and Development in Advanced Communication Technologies for Europe).

Die Organisationsstruktur von EUREKA blieb jedoch offen. Amtlich hieß es, es lasse sich nicht von vornherein ein Modell festlegen. Der zunächst (im Dumas-Brief) vorgebrachte Vorschlag, eine Agentur mit für die Einzelbereiche zuständigen Unteragenturen zu schaffen, wurde fallengelassen, nachdem die mei-

<sup>19)</sup> Laut Erläuterung des französischen Außenministeriums zu EUREKA vom 21. Mai 1985.

<sup>20)</sup> Ebenda. Siehe auch den Beitrag von Ph. Lemaitre, in: *Le Monde* vom 8. 5. 1981 zu einer amtlichen Studie zu SDI und EUREKA.

<sup>21)</sup> Siehe Roger de Weck, *Die Franzosen halten sich zurück*, in: *Die Zeit* vom 14. Juni 1985.



sten europäischen Partner starke Bedenken gegen eine neue Forschungsbürokratie geltend gemacht hatten. Jetzt wird in Paris an eine „Koordinierungsstelle“, bzw. an eine Art von Aufsichtsrat, der von den interessierten Regierungen besetzt wird, oder an ein anderes Lenkungsgremium gedacht. Die Vorstellung, es könnte ein europäisches Gegenstück zur amerikanischen NASA oder zum japanischen MITI (Ministerium für Internationalen Handel und Technologie) entstehen, erwies sich im Rahmen von zehn oder fünfzehn Nationalstaaten ohnehin als völlig unrealistisch. Betont wird vielmehr die Notwendigkeit, flexibel und sozusagen „ad hoc“ vorzugehen, weshalb die französische Einladung dann auch über die EG-Staaten hinaus auf andere Mitgliedsländer der ESA, des CERN (Kernforschungszentrum in Genf) usw. ausgedehnt wurde.

Es handelt sich also um ein Technologie-Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten („à la carte“ oder „à géométrie variable“, wie es im französischen Sprachgebrauch heißt); klar ist bisher nur, daß EUREKA nicht in die Zuständigkeit der EG in Brüssel eingegliedert werden soll<sup>22)</sup>. Es gerät so unvermeidlicherweise in Idealkonkurrenz zu der vom Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, mit Nachdruck verfolgten Weiterentwicklung der gemeinsamen Technologiepolitik, u. a. dank der Verdoppelung der für ESPRIT von den Mitgliedsländern bereitgestellten Mittel.

Die Finanzierung von EUREKA ist gleichfalls noch ein völlig offenes Problem, wobei nur soviel erkennbar ist, daß es sich vor allem um Beiträge der beteiligten Regierungen aus ihrem jeweiligen Forschungshaushalt handeln soll<sup>23)</sup>.

Die Wahl des Zeitpunktes und der Modalitäten der EUREKA-Initiative sind gewiß beein-

flußt von dem taktischen Ziel, eine europäische Gegenposition zu SDI aufzubauen. Wesentlicher ist, daß es sich hier um eine neue Variante zur Aufhebung des seit einigen Jahren in Frankreich entstandenen Traumas handelt, im wissenschaftlichen Rennen um die dritte industrielle Revolution von den USA und von Japan abgehängt zu werden, wie der Verweis auf die dortigen staatlichen Forschungsstrukturen NASA und MITI verdeutlicht.

Das neue Motto, Europa müsse ein „technologisches Jalta“ verhindern<sup>24)</sup>, entspricht natürlich französischem Eigeninteresse, d. h. der Erkenntnis, daß die nationalen Ressourcen nicht ausreichen, um der Herausforderung zu begegnen, und dies nur gemeinsam mit den europäischen Partnern möglich ist. Wie Verteidigungsminister Charles Hernu in der Nationalversammlung Ende April 1985 ausführte, ist das „Europa der Technologie“ auch ohne einen SDI-Anstoß erforderlich; neben den zivilen Ergebnissen spiele hier die „militärische Nutzung zu friedlichen Zwecken“ eine Rolle<sup>25)</sup>. Gemeint ist die gemeinsame Entwicklung von Erdsatelliten für die Kommunikation, die Aufklärung und das Abhören. Außenminister Roland Dumas sprach im Hinblick auf diese militärische Seite von EUREKA davon, die Europäer könnten damit ihre Befähigung verbessern, sich selbst zu verteidigen<sup>26)</sup>.

Konkret soll dies wohl bedeuten, den seit langem geplanten eigenen Beobachtungssatellit SAMRO, dessen Bau seit einem Jahr Gegenstand von Fachgesprächen mit der Bundesrepublik ist, zu europäisieren, und zwar für

<sup>22)</sup> In der bereits erwähnten Erläuterung des französischen Außenministeriums vom 21. Mai 1985 heißt es hierzu: „Wir können und wir müssen... klar herausstellen, daß EUREKA nicht gemäß den Regeln der gemeinsamen Politik der EG funktionieren kann (d. h. mit der Finanzierung über den EG-Haushalt, einstimmig beschlossenen Vorhaben, Vorschlagsrecht der Kommission, Stellungnahme des Europäischen Parlaments), sondern als ein gemeinschaftliches Vorgehen mit spezifischem Charakter.“

<sup>23)</sup> Ebenda. Eine vorzeitige Festlegung auf den Finanzierungsmodus sei nicht möglich. Es gehe um die systematische Koordinierung der nationalen Forschungen, um Doppelarbeiten zu vermeiden und eine zweckmäßigere Verwendung der schon bewilligten Gelder zu ermöglichen; zusätzliche Finanzmittel sollen aufgebracht werden über die öffentlichen Haushalte, gemischt öffentlich-private Investitionen, Darlehen, Steueranreize usw.

<sup>24)</sup> Diese Formel des „technologischen Jalta“ findet sich in dem Mitteilungsblatt der französischen Botschaft in Bonn, Frankreich-Info, vom 4. Juni 1985, unter dem Titel: Warum EUREKA? Von der Notwendigkeit einer europäischen Technologie- und Forschungsgemeinschaft.

<sup>25)</sup> Der Verteidigungsminister in einer Debatte der Nationalversammlung am 24. April 1985 (Journal Officiel, Débats, A. N.). Der Minister erklärte dort, alle Partner der WEU hätten anlässlich der WEU-Ministerrats-Sitzung in Bonn am 22. und 23. April 1985 „ein sehr positives Urteil zur französischen (EUREKA-)Initiative gefällt“. Tatsächlich aber wird im entsprechenden Paragraphen 10 der Erklärung des WEU-Ministerrates nur auf die Entscheidung der Mitgliedstaaten Bezug genommen, im Rahmen der EG die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die eigene technische Kapazität Europas zu stärken (laut Bulletin des BPA der Bundesregierung vom 25. April 1985).

<sup>26)</sup> Erklärung von Außenminister Roland Dumas in der außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung am 11. Juni 1985 (Le Monde vom 13. Juni 1985).



Zwecke der Verifizierung von Rüstungskontroll- und vertrauensbildenden Maßnahmen. Die im französischen Haushalt hierfür verfüg-

baren Mittel reichen nicht aus, um ein ehrgeiziges Satellitenprogramm im Alleingang durchzuführen<sup>27)</sup>.

#### IV. Die Perspektiven

Der Mailänder EG-Gipfel erlaubte Ende Juni 1985 zumindest eine Klärung der jeweiligen Vorstellungen zu EUREKA, wobei allerdings zwei Hauptpunkte problematisch bleiben: Erstens nicht nur die Bereitschaft, sondern die angesichts des überall herrschenden Sparzwanges nicht sehr große Befähigung der Mitgliedsstaaten, zusätzliche Mittel für gemeinsame Forschungsprojekte aufzuwenden; zweitens die Tatsache, daß die Wachstumsindustrien in den größeren westeuropäischen Ländern in einem sich verschärfenden Wettbewerb stehen und deshalb naturgemäß wenig Neigung zeigen, bahnbrechende Ergebnisse der Grundlagenforschung mit den Konkurrenten zu teilen, soweit es nicht um die Durchführung von konkreten Konsortialvorhaben (siehe Airbus, Ariane, militärische Beschaffung) geht.

Die EUREKA-Initiative ist eine technologische Teilantwort auf das umfassende politisch-strategische Konzept von SDI und schon von daher ungeeignet, die Fronten der Auseinandersetzung zu klären und auf dem technologischen Umweg eine einheitliche politische Meinungsbildung der Partner der USA herbeizuführen. Wie kaum anders zu erwarten, reagierten die Hauptverbündeten Frankreichs mit einem „Sowohl-als-Auch“: wir nehmen, wie es in Bonn und London hieß, konkret an den SDI-Forschungsvorhaben und prinzipiell an EUREKA teil. Selbst die Pariser Regierung kann ihren eigenen, verstaatlichten Unternehmen die Mitwirkung am amerikanischen militärischen Weltraumprogramm nicht verwehren, schon deshalb nicht, weil auf dem Gebiet der Militärelektronik seit langem eine enge Interdependenz besteht und die französischen Marktführer überdies befürchten müssen, bei einer Verweigerung noch stärker als bisher vom Fluß der amerikanischen Technologie abgeschnitten zu werden. Darüber hinaus könnte das Pentagon als Repressalie auf den Kauf französischer Waffen und Komponenten (insbesondere des Taktischen Fernmelde-Digitalsystems RITA) verzichten. Anlässlich der großen jährlichen Luft- und Raumfahrtschau in Le Bourget sprach sich deshalb der Leiter des „Matra“-Konzerns, Lagardère, für die Beteiligung an den „komplementären“ SDI- und EUREKA-Forschungen aus. Sein Kollege von „Aérospatiale“ (SNI-AS) in Toulouse, der frühere Rüstungsbeauftragte im Verteidigungsministerium, Martre,

äußerte sich dagegen wesentlich reservierter, weil sein Unternehmen sehr stark in europäischen Kooperationsprojekten (Airbus, Ariane, Euromissile- und Eurokopter-Konsortien usw.) engagiert ist.

Die Außen- und Technologieminister von 17 westeuropäischen Staaten (die EG-Mitglieder, die beiden iberischen Beitrittsländer, Schweden, Norwegen, Finnland, die Schweiz und Österreich sowie der Präsident der EG-Kommission), die sich am 17. Juli 1985 auf Einladung von François Mitterrand in Paris trafen, bezeichneten es in ihrem Kommuniqué<sup>28)</sup> als

<sup>27)</sup> Verteidigungsminister Charles Hernu teilte dem französischen Senat am 27. April 1984 mit, neben der Nutzung von zwei Kanälen des europäischen Fernmelde-Satelliten für Zwecke der militärischen Nachrichten-Übermittlung (Projekt Syracuse) werde sich Frankreich bei dem amerikanischen (NATO-)NAVSTAR-Satellitensystem für die Navigationshilfe auf hoher See „abonnieren“. Zur Befehlsübermittlung für den Einsatz der seegestützten strategischen Raketen ist der Bau von Seeaufklärungsflugzeugen vom Typ Bréguet Atlantic mit im wesentlichen amerikanischer Elektronik geplant. Im Hinblick auf den seit über zehn Jahren erwogenen Bau eines eigenen Systems von Erdsatelliten für die militärische Beobachtung ist festzuhalten, daß auch der Fünf-Jahres-Plan für die Rüstungen 1984-1988 keine Finanzmittel für die Durchführung dieses Projektes aufweist. Die auf dem deutsch-französischen Gipfel im Mai 1984 vereinbarten Studien für den gemeinsamen Bau eines Beobachtungsatelliten (Kosten rund 2 Milliarden DM) haben bisher zu keiner konkreten Einigung geführt. Charles Hernu teilte dem Senat ferner mit, im Haushaltsjahr 1984 würden 500 Millionen Franken für die militärische Weltraumforschung aufgewandt, zusätzlich zu dem Beitrag des Verteidigungsministeriums zum zivilen Weltraumforschungszentrum CNES in Höhe von 270 Millionen Franken. Diesem Gesamtaufwand von rund 80 Millionen Dollar stehen über 1,4 Milliarden Dollar allein im Pentagon-Budget 1984/85 für SDI-Forschungen gegenüber.

<sup>28)</sup> Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates, Lissabon, 6. und 7. Juni 1985. Zu den bilateralen Genfer Verhandlungen in Genf heißt es hier, die Minister unterstützen nachdrücklich die amerikanischen Schritte. Es fehlt eine Erwähnung des SDI-Forschungsprogrammes (das zuletzt von der NPG Mitte März in Luxemburg von den Verteidigungsministern des Militärsystems begrüßt wurde), doch hatte der amerikanische Außenminister Shultz in Lissabon hierauf nicht mehr bestanden und SDI zu einer von Washington bilateral mit den Verbündeten auszuhandelnden Angelegenheit erklärt (laut Bulletin der BPA der Bundesregierung vom 12. Juni 1985). Der ABM-Vertrag von 1972 besagt in Artikel 5: Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, „keine see-, luft- und beweglich landgestützten ABM-Systeme oder Bestandteile davon zu entwickeln, zu testen oder in Dienst zu stellen“.



die Aufgabe des nun amtlich ins Leben gerufenen EUREKA, eine Auswahl unter den zivilen Vorhaben der Spitzentechnologie zu treffen. Der militärische Bereich ist somit — und entgegen bestimmter französischer Vorstellungen — ausgeklammert worden, was allein schon infolge der Teilnahme der vier neutralen Länder erforderlich war. Zugleich stellt sich mit diesem weiten Rahmen das Problem der Abstimmung mit den bereits von der EG-Kommission durchgeführten Technologie-Programmen. Eine Doppelgleisigkeit ist wohl nicht zu vermeiden, weil EUREKA von seinen Initiatoren eindeutig als ein neues, viel flexibleres und auch pragmatisches auf die Bedürfnisse des großen Industriemarktes ganz Westeuropas ausgerichtetes Modell gedacht war. Die Nachteile eines solchen Modells liegen aber auf der Hand, und das Kommuniqué vom 19. Juli 1985 läßt denn auch völlig offen, in welcher Weise die Forschungs-Koordinierung unter den 17 Regierungen erfolgen soll. Das nächste Treffen, das bis Mitte November in Bonn stattfindet, wird hierauf — wie auf die gleichfalls ungeklärte Frage der Finanzierung der von den Unternehmen vorzuschlagenden Projekte — eine Antwort geben müssen. Die auf französischer Seite ursprünglich angestrebte gemischte, also teils öffentlich, teils private Dotierung der Forschungen stieß auf Bedenken vor allem der Briten. Präsident Mitterrand kündigte für das kommende Jahr die Bereitstellung von einer Milliarde Franc an, von denen allerdings annähernd ein Drittel aus dem nationalen Forschungsetat abgezweigt werden, und ähnlich dürften auch die anderen Regierungen vorgehen, so daß sich der Gesamtaufwand der Westeuropäer im Vergleich zu den in Amerika bereits für 1986 bewilligten Mitteln für SDI von über 2,7 Milliarden US-Dollar eher bescheiden ausnehmen wird.

Die Hauptsorge der Pariser Verantwortlichen und in erster Linie des Staatspräsidenten und seiner Berater konzentriert sich indessen auf die langfristigen politisch-militärischen Folgewirkungen eines ungehemmten Wettübens im Weltall. Für besonders gravierend hält man die Tatsache, daß die NATO, wie sich im Kommuniqué der Außenminister-Tagung in Lissabon im Juni 1985 erwies, nicht in der Lage war, die Position der Reagan-Administration zu SDI — und damit den Ausgang der Genfer Verhandlungen der beiden Großen — in nennenswertem Maße zu beeinflussen. Die eher negative Beurteilung der amerikanischen Weltraumrüstungspolitik durch Roland Dumas und seinen Bonner Kollegen, die auch die Haltung der Mehrheit der anderen NATO-Länder reflektiert, reichte nicht

aus, um — zumindest im Lissabon-Kommuniqué — die USA auf die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages festzulegen und somit die Wiederaufnahme der SDI-Versuchsreihen (und das damit wohl vorprogrammierte Scheitern in Genf) zu verhindern.

Die sehr ernst zu nehmende Perspektive des Abbruchs der Rüstungskontrollverhandlungen berührt die Außen- und Sicherheitsinteressen Frankreichs in doppelter Hinsicht:

Erstens, weil die Entwicklung und die eventuelle Stationierung von Systemen zur Ortung und zur Vernichtung von Raketen und von Satelliten im Weltraum den Wert der eigenen Abschreckungsfähigkeit mindern. Bei allem Zweifel daran, ob die USA ihr SDI-Programm über die nächsten Präsidentschaftswahlen 1988 hinaus durchhalten und in welchem Maße es überhaupt in die Tat umgesetzt wird, sind die französischen Experten ganz sicher, daß die Sowjetunion nicht nur offensive, sondern auch defensive Gegenmaßnahmen treffen wird<sup>29)</sup>.

Zweitens, weil, wie es der jetzige EG-Kommissar (und bis Ende 1984 französische Außenminister) Claude Cheysson ausdrückte, mit der Infragestellung des ABM-Vertrages auch die für Frankreich absolut grundlegende Verteidigungsphilosophie in Frage gestellt werde<sup>30)</sup>. Das müßte schwerwiegende politische Folgen, insbesondere für die Bundesrepublik haben. Nur kurze Zeit, nachdem die Franzosen erhebliche Anstrengungen unter-

<sup>29)</sup> Die SDI-Analyse des Planungsstabes im französischen Außenministerium vom 8. Mai 1985 stellt hierzu fest, es sei gefährlich, in der Öffentlichkeit den Eindruck aufkommen zu lassen, die Nuklearwaffen spielten (wegen SDI) für die Abschreckung keine Rolle mehr. Das Pentagon treibe im Gegenteil die Entwicklung von neuen Offensiv-Systemen voran, und es könne kein Zweifel daran bestehen, daß die Sowjetunion gleichfalls mit Defensiv- und Offensivwaffen verstärkt aufrüste.

Hierzu ist anzumerken, daß die vor mehr als zehn Jahren von Frankreich begonnene Entwicklung von Mehrfach-Sprengköpfen für die seegestützte ballistische Rakete M 4 (wie auch die parallele britische Entwicklung von Chevaline) der Notwendigkeit entsprach, die eigene Durchdringungsfähigkeit gegenüber dem von der UdSSR aufgebauten ABM-System Galosch um Moskau zu erhalten. Die M 4 bietet aber keine Antwort auf weltraumgestützte ABM-Systeme, die angreifende Raketen bereits in der Startphase (boost-phase) zerstören sollen.

<sup>30)</sup> Interview von Claude Cheysson mit der Zeitung *Libération* vom 3. 5. 1985. Im Gegensatz zu seinen prononcierten früheren Äußerungen zur sowjetischen SS-20-Überrüstung sagt Cheysson hier zur Motivierung des SDI-Programms, unter Berufung auf eine angebliche sowjetische Bedrohung sollen große Mittel in die Forschung gesteckt werden, doch sei nicht verständlich, warum dies mit der (amerikanischen) „Hysterie des Kalten Krieges“ gerechtfertigt werden müsse.



nommen hätten, um die Deutschen davon zu überzeugen, daß sie die Pershing II gegen die SS-20 stationieren müßten, heiße es jetzt (in Washington), die Raketen seien ohnehin überholt und würden sich schnell als nutzlos erweisen. Damit aber, so betonte Cheysson, ermutige man in der Bundesrepublik neutralistische Neigungen und diejenigen Kräfte, die keine Nuklearwaffen auf ihrem Boden haben wollten.

Letzten Endes dürfte so die negative Beurteilung von SDI durch die Regierung, die Parlamentsmehrheit und den weitaus größten Teil der öffentlichen Meinung<sup>31)</sup> aus der Sorge

<sup>31)</sup> Von einem Konsens der großen politischen Parteien zu SDI kann allerdings nicht gesprochen werden. Allein die Kommunisten (KPF) wenden sich, wie ihre vormaligen Regierungspartner, die Sozialisten, entschieden gegen die amerikanischen Vorhaben und die Durchführung von Versuchen zur Satellitenbekämpfung. Die RPR (früher gaullistische Sammlungsbewegung) unter Jacques Chirac

herrühren, der Schritt zur Weltraumverteidigung könnte das atlantische Bündnis und in erster Linie seinen vitalen europäischen Bestandteil, die Bundesrepublik, vor eine bisher nicht gekannte Belastungsprobe stellen. Und in dieser Sicht läßt sich Frankreich eben nicht nur von nationalen Interessen, sondern von der bange Frage um die Zukunft Europas leiten.

fordert dagegen in einem im Juni 1985 veröffentlichten Verteidigungsprogramm den Aufbau eines eigenen Systems von „Satelliten-Killern“, ohne direkte Kritik an den Plänen der Reagan-Administration und davon ausgehend, daß die Entwicklung von Anti-Satellitenwaffen durch die beiden Weltmächte unaufhaltsam sei. Die zweite große bürgerliche Oppositionsbewegung UDF (die Anhänger Giscard d'Estaings zur Zeit seiner Präsidentschaft) greift dagegen in dem gleichfalls im letzten Juni vorgelegten „Weißbuch“ zur Verteidigung die negative Haltung der französischen Regierung zum SDI-Konzept an und fordert neben der Beteiligung an den Forschungen der USA den Aufbau eines (west)europäischen Raketenabwehrsystems im Rahmen des atlantischen Bündnisses.

### **Falk Bomsdorf: Ist die Sowjetunion an Rüstungskontrolle interessiert?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 3—11

Militärische Macht hat für die Sowjetunion einen besonderen Stellenwert: Sie ist nicht nur Abwehrinstrument für den Fall eines Krieges, sondern auch ein Instrument zur Erreichung und Ausdehnung politischen Einflusses im globalen Maßstab. Letztlich beruht der Status der Sowjetunion als Supermacht allein auf ihrer militärischen Macht. Daraus folgt, daß die UdSSR den westlichen Rüstungskontrollansatz, der auf Stabilität gerichtet ist — d. h. auf Ausschaltung oder Begrenzung politisch wie militärisch offensiv nutzbarer Macht —, nicht akzeptiert. Demgemäß erstreben die Sowjets mit ihrer Rüstungskontrollpolitik nicht die Verbesserung einer als gemeinsam begriffenen Sicherheit, sondern sie verfolgen in erster Linie politische Ziele. Dies bedingt es, daß die Sowjetunion zu Konzessionen nur dort bereit ist, wo dies — ohne ihren militärischen Bedürfnissen zuwiderzulaufen — ihren politischen Interessen entspricht: im Bereich der strategischen Waffen. In Rüstungskontrollverhandlungen, welche die europäische Sicherheitslage betreffen, wird die Sowjetunion dagegen nicht zu Maßnahmen bereit sein, die ihre militärischen und damit politischen Optionen einschränken. Gleichwohl sollten die Westeuropäer eine offensive Rüstungskontrolldiplomatie gegenüber der Sowjetunion betreiben.

### **Barbara A. Fliess: Strategische Rüstungskontrolle und Verteidigungspolitik unter Reagan. Eine Zwischenbilanz**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 12—19

Nach ihrer Wiederwahl sieht die Regierung Reagan ihre strategische Sicherheitspolitik auf dem Prüfstein: Werden die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen von einer generellen Wiederbelebung des Ost-West-Dialogs begleitet, so bleiben doch die Aussichten für dortige Fortschritte von Differenzen, insbesondere über die Forschungsinitiative SDI, überschattet. Vorstellungen über eine mögliche Neuordnung der strategischen Beziehungen — das sogenannte „strategic concept“ — prägen die amerikanischen Verhandlungsansätze in Genf genauso deutlich wie die ablehnende Haltung im Hinblick auf Konzessionen bei SDI und anderen Vorleistungen für ein Rüstungskontrollabkommen mit Moskau.

Gleichzeitig setzt das gespaltene innenpolitische Umfeld den rüstungspolitischen Bemühungen der Administration Grenzen und fordert pragmatisches Management. Die Verteidigungsausgaben stehen unter Kürzungsdruck. Vor dem Hintergrund des stagnierenden Rüstungskontrollprozesses der letzten Jahre hat Reagan sich zudem wiederholt mit dem Kongreß über Ziele, Vorteile und Gefahren seiner SALT-Politik sowie verschiedener strategischer Verteidigungsprogramme — MX, Antisatellitenwaffen (ASAT), SDI — auseinandersetzen müssen. Die Legislative ist in ihrer Zusammensetzung seit 1980 zwar konservativer geworden, engt den Handlungsraum der Administration in diesen Bereichen jedoch ein und fordert von ihr eine Berücksichtigung rüstungskontrollpolitischer Erfordernisse.



## **Franz H. U. Borkenhagen: Strategische Stabilität als Folge von Entspannungs- und kooperativer Sicherheitspolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 20—29

Eine ausschließliche Politik des Gleichgewichtsstrebens, zumal mit deutlicher militärischer Prägung, muß wegen der herrschenden internationalen politischen Konstellationen als obsolet erkannt werden. Doch nicht nur der Status des Veraltetseins ist festzustellen; bloße Gleichgewichtspolitik birgt auch erhebliche Gefahren, die in einem diffizilen West-Ost-Verhältnis und bei einem aktuellen Gefälle zwischen Nord und Süd Krisen nach sich ziehen und/oder militärische Konflikte zur Folge haben können.

Als ein Programm, das aus dem gegenwärtigen und beiderseits hochgerüsteten Dilemma herausführen kann, wird eine Politik hin zur Strategischen Stabilität entworfen. Sie wird abgeleitet und geprägt von einer Sicherheitspolitik, die sich als Instrument der Entspannung versteht. Fünf Dimensionen dieser Sicherheitspolitik (Politik, Wirtschaft, Militär, Gesellschaft und psychologische Lage) bestimmen gleichzeitig die Felder einer Strategischen Stabilität. Ziel ist es, eine Stabilität auf diesen Ebenen zwischen West und Ost — speziell in Europa und mit deutlichem deutschen Beitrag — zu erlangen, die sich nicht in dem permanenten Vergleich ständig anwachsender und qualitativ verbesserter Militärpotentiale erschöpft.

Sicherheit ist nicht nur ein Ergebnis militärischer Stabilität; sie kann heute und zukünftig nur noch mittels umfänglicher Akzeptanz der Sicherheit des Gegenüber gewährleistet werden und darf deshalb nicht als Nullsummen-Spiel verstanden werden, das eigene Sicherheit dann erreicht sieht, wenn die Sicherheit des anderen instabil wird. Strategische Stabilität und Sicherheitspartnerschaft bedingen sich somit einander.

## **Walter Schütze: SDI oder EUREKA? Die Position Frankreichs**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/85, S. 30—39

Die Weltraum-Rüstungspläne der USA stießen in Frankreich unmittelbar nach ihrer Konkretisierung im Frühjahr 1984 auf entschiedene Ablehnung. Das Festhalten an dem Grundsatz der Nuklearabschreckung, die auf der gegenseitigen Befähigung zur Vernichtung beruht, gilt in Paris als wesentlich für die Sicherheit im Bündnis wie auch die eigene Verteidigungsdoktrin. Ein französischer Vorstoß im Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen in Genf und diplomatische Konsultationen mit den westeuropäischen Partnern vermochten jedoch keine einheitliche Stellungnahme zu bewirken, wobei es bereits zur Frage der Teilnahme an den amerikanischen SDI-Forschungen zu unterschiedlichen Wertungen kam und Präsident Mitterrand sich auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel dagegen aussprach.

Das von Frankreich angeregte EUREKA-Vorhaben sucht zwar indirekt eine europäische Meinungsbildung zu SDI zu fördern, es entspringt aber in erster Linie der Sorge, die Wachstums-Industrien des alten Kontinents könnten durch einen Technologie-Sprung in Amerika ins Hintertreffen geraten. Während die Konturen von EUREKA und vor allem seine Funktion innerhalb der EG noch offen sind, liegt der Schwerpunkt der Bemühungen darauf, die beiden Weltmächte in Genf zu einem Kompromiß zu bewegen, der — nicht zuletzt im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der französischen Nuklearwaffen selbst — ein Wettüben im Weltraum verhindert und die vorhandenen Atomarsenale zur Stärkung der Stabilität des Ost-West-Verhältnisses in erheblichem Maße verringert.